

## Vom Grossen Sprung zur Rebellion auf dem Tien-An-Men-Platz

# Maos „Sozialismus“: Weder Elektrifizierung noch Sowjets

*Der folgende Artikel erschien im Juli 1976 in Workers Vanguard, Nr. 118 und 120 — also mehrere Monate vor den dramatischen Ereignissen, die unmittelbar nach dem Tod des „Großen Vorsitzenden“ einsetzen. Der Artikel ist durch diese Vorgänge keineswegs überholt; er liefert vielmehr wesentliche Grundlagen zum Verständnis der Cliquenkämpfe des letzten halben Jahres und zeigt auf, daß auch in Zukunft keine Basis für eine langfristige Konsolidierung des bürokratischen Regimes in China besteht.*

Der kürzliche Tod des Marschalls Tschu Teh erhöht die Anzahl der Mitglieder des entscheidenden Ständigen Ausschusses des Politischen Büros der Kommunistischen Partei Chinas (KPCh), die seit dem letzten Parteikongreß 1973 gestorben sind, auf insgesamt vier von neun, wobei der Gesundheitszustand von zwei weiteren (einschließlich Mao Tse-tungs) bestenfalls prekär ist. Diese Tatsache sowie das Fehlen einer prominenten politischen Figur, die Mao ersetzen könnte, unterstreichen den Ernst der sich um

die Nachfolge entwickelnden Krise im Palast des Himmlischen Friedens.

Die vom Vorsitzenden unternommenen erfolglosen Bemühungen, einen loyalen Nachfolger zu finden, haben in den letzten zehn Jahren zur Säuberung von drei designierten Erben geführt. Als ersten erklärte man Staatschef Liu Schao-tschü zum langjährigen „Wegbereiter des Kapitalismus“ und machte ihn 1966 zum Hauptopfer der „Großen Proletarischen Kulturrevolution“. Dann erklärte man Lin Biao, der formal im Statut der KPCh aus dem Jahre 1969 als Maos Nachfolger bezeichnet wurde, zum verräterischen Cliquisten, dessen Verschwörungen sich über Jahrzehnte erstreckten: er verlor sein Leben in einem angeblichen Putschversuch 1971. Das letzte Säuberungsopfer war Deng Hsiao-ping, Tschou En-lais erwählter Stellvertreter während der tödlichen Krankheit des Ministerpräsidenten. Er wurde im April letzten Jahres als eingefleischter „Konterrevolutionär“ denunziert, nachdem seine Anhänger den Tien-An-Men-Platz im Lauf einer militanten Demonstration besetzt hatten.

Maos wiederholte „Entdeckung“, wonach sich seine langjährigen Mitarbeiter als blutrünstige Verschwörer oder bürgerliche Restaurateure entlarven, ist sicherlich ein Ausdruck für die paranoide Einbildung, die der stalinistischen Bürokratie innewohnt, die jeden offenen politischen Kampf aus Furcht vor einem Überspringen des Funkens auf die Arbeiterklasse unterdrückt. Aber die Behauptung, daß Deng, genauso wie Liu, „einseitiges Gewicht auf große und ausländische Dinge legte“ und an eine geächtete „Theorie der Produktivkräfte“ glaubte, verleiht den wiederkehrenden Cliquenkämpfen zusätzlich eine ökonomische Dimension und enthüllt die enge Verbindung zwischen Chinas wirtschaftlicher Rückständigkeit und der äußersten Instabilität seiner herrschenden Gruppe.

**„Vertrauen auf die eigene Kraft“ und der „Große Sprung“**

Maos Wirtschaftspolitik hat sich immer an den Bauern orientiert und war durch das Streben nach nationaler

**Entstehung des kubanischen deformierten Arbeiterstaates .....13**

**Rede über die Labor Party-Frage .....18**

**Die vielen Gesichter und langen Wellen Ernest Mandels ..... 32**

## Maos „Sozialismus“...

Autarkie („Vertrauen auf die eigene Kraft“) gekennzeichnet. Nach Maos Ansicht zeigte die UdSSR China den Weg zur Modernisierung und zur Erlangung eines Großmachtsstatus, der den historischen Traditionen Chinas angemessen ist. Dennoch ist Maos China in fast drei Jahrzehnten stalinistischer Herrschaft unfähig gewesen, sich in eine moderne Industriemacht zu verwandeln. Hier liegt die Ursache für die häufigen radikalen Linienwechsel in Peking, für die endemischen, oft gewaltsamen Um- und Neugruppierungen innerhalb der Bürokratie. Chinas materielle Rückständigkeit vereitelt die „Supermacht“-Bestrebungen seiner herrschenden Elite.

Das Leitmotiv von Maos erstem Großexperiment in der Wirtschaftspolitik — dem Großen Sprung Nach Vorn — war, den Westen in 15 Jahren einzuholen. Dies sollte durch die Schaffung von riesigen autarken Produktionseinheiten (den Kommunen) erreicht werden. Der Große Sprung Nach Vorn, der enorme Mengen ungenügend genutzter Arbeitskraft erschließen, die Industrie mittels Handwerksmethoden expandieren und die Bauern in Lohnarbeiter umwandeln sollte, stellte einen beispiellosen Versuch dar, die Arbeit zu militarisieren.

Dieser Versuch ist nicht nur kläglich gescheitert (Ende 1958 wies man die ländlichen Kader an, den Kommunemitgliedern wenigstens zwölf Stunden pro Tag für Essen, Erholung und Schlafen zuzubilligen!), sondern er führte zu einem wirtschaftlichen Zusammenbruch, der beispiellos in der Geschichte der deformierten Arbeiterstaaten ist. Danach veröffentlichte Peking keine Wirtschaftsstatistiken mehr (und hat damit seitdem auch nicht wieder begonnen); aber annehmbaren Schätzungen zufolge ist die Ernte in den Jahren 1958-60 um 15-20 Prozent gefallen, während die industrielle Jahresproduktion bis 1962 um 30-40 Prozent gesunken war. Die Haltung praktisch aller Arbeiter, Bauern und Bürokraten, die den Großen Sprung miterlebt hatten, kann in zwei Worten zusammengefaßt werden: „Nie wieder!“

Ein prominenter chinesischer Politiker verteidigte jedoch weiterhin den Großen Sprung Nach Vorn, wobei er Exzesse lokalen Führungen in die Schuhe schob. Das war Mao Tse-tung. Maos halsstarrige Verteidigung einer Wirtschaftspolitik, die das Land an den Rand einer Hungerkatastrophe gebracht hatte, veranlaßte führende Kader, ihn aus dem zentralen Partei- und Regierungsapparat hinaus zu komplimentieren. Er wurde von Liu (lange Zeit die Nummer zwei), Tschou, Deng und Peng Dschön ersetzt; seine einzigen direkten Anhänger in der Parteiführung waren seine Frau Djiang Tjing und Mao-Speichellecker Tschou Bo-da, denen man harmlose Posten im Kulturbereich zuteilte. Sein mächtigster Verbündeter war Verteidigungsminister Lin Biao.

Die chinesische Wirtschaftspolitik unter Liu Anfang der 60er Jahre war durch empfindliche „Frontbegradigungen“ gekennzeichnet — wobei die industrielle Produktion durch den verkäuflichen landwirtschaftlichen Überschuß geregelt wurde. In dem Versuch, den guten Willen der Bauernschaft zur Zusammenarbeit zurückzugewinnen, wurde ein freier Markt für landwirtschaftliche Produkte zugelassen, das Privateigentum an Parzellen wiederhergestellt und, was am wichtigsten war, die Kommunen de facto liquidiert, indem die ökonomische Grundeinheit auf die Produktionsbriga-

de (normalerweise ein Dorf mit ca. 20 Familien) reduziert wurde. Während der schlimmen Tage des „Großen Schritts Zurück“ im Jahre 1962 war selbst Mao gezwungen zuzugeben, daß China wenigstens 50 Jahre brauchen würde, um den industriellen Westen einzuholen. Aber zwei Jahre später sprach er bereits wieder von der Notwendigkeit, „Althergebrachtes zu stürzen“, sowie von einem neuen „Großen Sprung Nach Vorn“.

### Armee, Rote Garden und die Arbeiter

Eine Hauptmotivierung für die von Mao lancierte „Kulturrevolution“ war der Wunsch, die politische Basis für einen weiteren wirtschaftlichen Großen Sprung Nach Vorn zu legen. Dies erforderte die Säuberung jener Führer, die stark genug waren, sich gegen ihn zu behaupten, sowie ihrer loyalsten Anhänger. Um eine solche massive Säuberung zu erreichen, wandte sich Mao zwei sehr unterschiedlichen Kräften zu: dem Offizierskorps der Volksbefreiungsarmee und der studentischen Jugend.

In beiden Fällen stand hinter dem Bündnis eine innere Logik. Noch wichtiger als Maos Verbindungen zu Lin Biao ist die Tatsache, daß Armeeoffiziere dem direkten Druck der arbeitenden Massen weniger ausgesetzt sind, als dies bei dem von Liu geführten Wirtschafts- und Verwaltungsapparat der Fall war; folglich sind sie eher geneigt, Opfer von den Arbeitern und Bauern zu fordern und grandiose Pläne zur Stärkung des chinesischen Staates zu begünstigen. Die studentische Jugend andererseits hatte den ursprünglichen Großen Sprung Nach Vorn nicht miterlebt; als Erben des Staatsapparates wollten diese künftigen

Deutsche Ausgabe

# SPARTACIST

(Fourth Internationalist)

EIN ORGAN DES  
REVOLUTIONÄREN MARXISMUS

Herausgegeben unter der Leitung des Interimssekretariats der internationalen Spartacist Tendenz gemäß den Richtlinien der „Erklärung für die Organisation einer internationalen trotzkistischen Tendenz“.

*Redaktion:*

Helene Brosius	Jan Nordon
Liz Gordon	James Robertson
Wolfgang Hohmann	John Sharpe
Silvia Lenz	Vladimir Zelinski

*Verantwortlich für die Produktion:* Louise Bolton

*Signierte Artikel entsprechen nicht unbedingt in allen Punkten der Auffassung der Redaktion.*

SPARTACIST PUBLISHING CO.  
Box 1377, G.P.O., New York, N.Y. 10001, U.S.A.

Nr. 5



Mai 1977



**Mao und Lin Biao  
auf einer Massen-  
versammlung der  
Roten Garden  
1967 in Peking.**

Administratoren den Staat groß und mächtig und seine Untertanen hart arbeitend und sparsam sehen.

Lins Armee wurde zur Eroberung des zentralen Parteiapparates von Mao benutzt. Auf einem Rumpfplenum des Zentralkomitees im August 1966 — es fand buchstäblich vor Gewehrläufen statt, da Einheiten der Volksbefreiungsarmee die Büroräume des Parteizentrums in Peking am 18./19. Juli besetzt hatten — „gewann“ Mao eine Mehrheit und setzte die Kulturrevolutionsgruppe unter Djiang Tjing ein. Die Universitäten wurden geschlossen und Rote Garden wurden auf die Straße losgelassen, um konservative zivile Apparatschiks zu demütigen und zu erschrecken. Während Mao mit Leichtigkeit seine Hauptgegner Liu, Deng und Peng Dschön stürzte, erwiesen sich eine umfassende Säuberung und der Wiederaufbau des Partei- und Regierungsapparates als weit schwieriger. Das stellte sich schließlich als unmöglich heraus.

Die bedrohten Bürokraten begannen bald, ihre eigenen Organisationen „revolutionärer Rebellen“ aufzubauen die größtenteils aus Arbeitern bestanden, wie z. B. die Proletarischen Scharlachgarden in Schanghai. Im allgemeinen waren die Arbeiter geneigt, die bestehende Ordnung zu verteidigen, aus Furcht, sie müßten bei einer Machtübernahme durch die Roten Garden täglich zwölf Stunden arbeiten und weitere acht Stunden Mao-Lösungen herunterleiern. Der sich eskalierende Konflikt zwischen den radikalen maoistischen Roten Garden und organisierten Arbeitern erreichte im Januar 1967 mit dem Schanghai Generalstreik und dem nationalen Eisenbahnerstreik einen Höhepunkt.

Mao wurde sich dann der Tatsache bewußt, daß die rasenden Roten Garden nicht die populäre Unterstützung oder die organisatorische Disziplin und die Kraft besaßen,

die fest etablierten Bürokraten zu ersetzen, und noch viel weniger, den Regierungsapparat in die Hand zu nehmen. An diesem Punkt forderte er Lin Biaos Armee zur direkten Intervention auf. Als Bedingung jedoch für die Unterstützung der Studenten bestanden die Armeekommandanten darauf, daß keine Massensäuberung stattfinden und daß es der Bürokratie erlaubt sein sollte, sich selbst zu „reformieren“.

Die Rolle der Volksbefreiungsarmee bei der Erhaltung der Bürokratie wurde durch eine Änderung im Programm der Kulturrevolution kodifiziert. Als die „Revolution“ 1966 lanciert wurde, sollte sie ein politisches System „wie das der Pariser Kommune“ schaffen („Beschuß des Zentralkomitees der KPCh über die Große Proletarische Kulturrevolution“, 8. August 1966). Anfang 1967 wurde dies in die sogenannte „Dreier-Allianz“ von „revolutionären Rebellen“ (Roten Garden, die sich auf Studenten stützten), der Volksbefreiungsarmee und „revolutionären Kadern“ (amtierenden Bürokraten) abgeändert.

Der fortlaufende Konflikt zwischen der zentralen Kulturrevolutionsgruppe von Djiang Tjing und dem Militär erreichte mit dem Zwischenfall in Wuhan im Juli 1967 einen Höhepunkt, als der Ortskommandant meuterte und zwei radikale maoistische Emissäre aus Peking verhaftete. Nach diesem Zwischenfall eskalierte der Kampf zwischen den Roten Garden und Einheiten der Volksbefreiungsarmee. In diesem Moment wandte sich Mao, der erkannt hatte, daß die Armee das Rückgrat seiner bürokratischen Macht war, gegen die Kulturrevolutionsgruppe und ihre Anhänger. Im September 1967 erklärte er mit unmißverständlichen Worten:

„Das Prestige der Armee muß entschlossen geschützt werden; daran kann es überhaupt keinen Zweifel geben... Im

## Maos „Sozialismus“ ...

Moment besteht die Hauptgefahr darin, daß einige Leute die Volksbefreiungsarmee niederschlagen wollen!... Es darf kein Chaos in der Armee geben."

— *Survey of the China Mainland Press*,  
5. November 1967

Nachdem die Armee erst einmal zur „Unterstützung“ der Roten Garden herbeigeholt worden war, gab Mao jede konsequente politische Linie auf und manövrierte einfach zwischen Offizieren der Volksbefreiungsarmee, Roten Garden und den Überresten der Zivilbürokratie und ihren verschiedenen Cliquen, um seine persönliche Autorität aufrechtzuerhalten. Am Ende der Kulturrevolution mußte er anerkennen, daß die einzige organisierte Kraft in China, die Armee, fast ein Monopol an der politischen Macht erlangt hatte.

### Die regionalen Militärkommandanten an den Hebeln der Macht

Die Hauptnutznießer der Kulturrevolution waren die regionalen Kommandanten der Volksbefreiungsarmee, die den Partei- und Regierungsapparat übernahmen. In der Zeit 1969-71 bestanden 72 Prozent der „Revolutionskomitees“ (der örtlichen Regierungseinheiten) und 74 Prozent der Ortskomitees der KPCh aus Offizieren der Volksbefreiungsarmee (*Chinese Law and Government*, Herbst-Winter 1972).

Die Vorherrschaft der Volksbefreiungsarmee verstärkte noch die schon ausgeprägte regionale Wirtschaftsautarkie. Unter den Hauptopfern der Kulturrevolution waren die zentralen technischen und Verwaltungskader; eine nationale ökonomische Planung war aus Personalmangel unmöglich. Gegenüber Edgar Snow äußerte Tschou En-lai 1971, daß die Zentralregierung nur 10 000 Angestellte im Vergleich zu 60 000 vor der Kulturrevolution hätte (*New Republic*, 27. März 1971). Einer anderen Quelle zufolge erhöhte sich der Anteil der auf Kreisebene (*hsien*) oder darunter verwalteten Industrieunternehmen von etwa 20 Prozent im Jahre 1965 auf etwa 50 Prozent in den Jahren 1969-71 (Stuart Schram, Hrsg., *Authority, Participation and Cultural Change in China*).

Die wirtschaftliche Autarkie auf lokaler Ebene wurde offiziell als das erwünschte Ergebnis der Kulturrevolution begrüßt und mit der Periode des Großen Sprungs in Verbindung gebracht:

„Die Erfahrung des Großen Sprungs Nach Vorn 1958 und die Tatsachen seit Beginn der Kulturrevolution beweisen, daß das Prinzip, sowohl der Zentralregierung als auch den Gemeinden Spielraum einzuräumen und zu erlauben, daß die Gemeinden mehr Arbeit übernehmen, das einzige richtige Prinzip ist, um Chinas Industrie zu entwickeln...“

*Peking Review*, 25. September 1971

Ein Großteil der Anziehungskraft, die der Maoismus auf kleinbürgerliche Radikale im Westen ausübt, besteht in dem Mythos, daß China im Gegensatz zu Breschnjews Rußland eine egalitäre Gesellschaft sei. Ganz abgesehen von den beträchtlichen vertikalen Einkommensunterschieden (das Lohnsystem hat sich nicht grundlegend seit den fünfziger Jahren geändert) bringt das Prinzip der lokalen wirtschaftlichen Selbstgenügsamkeit die extremsten irrationalen Einkommensunterschiede hervor. Weil sowohl die Existenz wie die Expansion von kleinen und mittelgro-

ßen Fabrikanlagen von dem lokalen landwirtschaftlichen Überschuß und der lokalen Nachfrage abhängen, konzentriert sich die industrielle Produktion in den reichsten Gebieten. Auch wenn es keine Wirtschaftsstatistiken gibt, kann man doch mit Sicherheit behaupten, daß die regionale wirtschaftliche Ungleichheit in China größer ist als in irgendeinem der bürokratisch deformierten Arbeiterstaaten, mit Ausnahme vielleicht von Jugoslawien.

Die Ähnlichkeit in der Wirtschaftspolitik zwischen der Lin-Biao-Periode und dem Großen Sprung Nach Vorn blieb nicht auf die Betonung der lokalen Selbstgenügsamkeit beschränkt. Militärkommandanten versuchten in den Jahren 1969-71, aus der Bauernschaft ein größeres Mehrprodukt herauszuholen, indem sie die faktische Liquidierung des Kommunessystems vorsichtig rückgängig zu machen versuchten. Um private Parzellen zu beschneiden, wurde direkter Druck ausgeübt (im Gegensatz zum wirtschaftlichen Anreiz). Produktionsbrigaden, die für die Landwirtschaft verantwortlich waren, wurden gezwungen, unentgeltlich Arbeitskräfte für die lokale Industrie, für soziale Dienstleistungen und für Instandhaltungsprojekte zur Verfügung zu stellen.

Obwohl diese Politik nicht zu der Katastrophe von 1959-62 führte, hatte der Mini-Sprung nach vorn ein ernsthaftes Ungleichgewicht zwischen der landwirtschaftlichen und der industriellen Produktion zur Folge. Die Industrie erholte sich von der Kulturrevolution mit außergewöhnlicher Schnelligkeit: in den Jahren 1968-71 wuchs die Industrieproduktion um über 50 Prozent. Aber die Landwirtschaft stieg nur um etwa 15 Prozent, und 1972 sank die Produktion von Getreide zur menschlichen Ernährung (*Far Eastern Economic Review Yearbook*, 1975).

Die relative Schwäche der Landwirtschaft in der Lin Biao-Ära hatte drei Hauptursachen. Die lokale Industrie, die die Landwirtschaft belieferte, war zu primitiv, um einen größeren technologischen Durchbruch zu ermöglichen. Zu viele Arbeitskräfte wurden aus der Landwirtschaft für industrielle Renommierprojekte abgezogen, die oft bürokratische Fehlinvestitionen waren, das Äquivalent zu den

*Spartacus Youth League Pamphlets*

### **The Fight to Implement Busing: For Labor/Black Defense to Stop Racist Attacks and to Smash Fascist Threats**

• Price: \$.75

### **China's Alliance with U.S. Imperialism**

• Price: \$1.00

### **The Stalin School of Falsification Revisited**

**(Reply to the Guardian)**

• Price: \$.75

order from/pay to:

Spartacus Youth League  
Box 825, Canal St. Station  
New York, N.Y. 10001, U.S.A.

dörflichen Hochhöfen aus der Zeit des Großen Sprungs. Und was nicht weniger wichtig war — die Bauern beantworteten diese Ansätze zu einer erneuten Zwangskollektivierung in den Jahren 1969-71 mit Produktivitätssenkungen.

Nach der Kulturrevolution wies China unter der Herrschaft der Volksbefreiungsarmee eine beträchtliche regionale Autonomie auf, die die Keime zum alten System der regionalen „Kriegsherren“ enthielt. Mao, der vor allem der Einheit und Stärke Chinas verpflichtet ist, war natürlich über diese Situation beunruhigt. Die Reibungen zwischen Mao und Lin hatten zu einem wichtigen Teil ihrer Quelle in dieser Neigung der Kommandanten der Volksbefreiungsarmee zu einem engstirnigen provinziellen Isolationismus.

Abgesehen von den Gefahren einer regionalen Desintegration, gab es noch andere wichtige Gründe dafür, daß Mao über die Vorherrschaft der Volksbefreiungsarmee und die uneingeschränkte Macht der Lin-Gruppe nicht gerade froh war. Der utopische Ton in seinen Äußerungen drückt nicht in erster Linie eine primitivistische oder auch nur einfach nationalistische Ideologie aus; er ist vor allem Ausdruck eines extremen bürokratischen Machtanspruches. (Daher seine häufigen Hinweise auf chinesische Herrscher der Vergangenheit, als ein allmächtiger Kaiser China groß machte.) Um aber die vorgezeichnete bonapartistische Rolle spielen zu können, benötigt er eine breite Basis im Partei- und Regierungsapparat, die als Transmissionsriemen zu den unorganisierten Massen dienen soll. Bereits 1969 drängte Mao auf den Wiederaufbau des zivilen bürokratischen Apparates, was Lin bekämpfte. Ein schlauer Kaiser und Bonaparte wird auch ein wachsames Auge auf Palastintrigen haben und jeden potentiellen Usurpator daran hindern, zuviel Macht an sich zu reißen, indem er auf einer strengen Hierarchie besteht. Dementsprechend bildete der Posten des Staatschefs, der durch die Säuberung von Liu Schao-tschü frei geblieben war, einen besonderen Brennpunkt in der Auseinandersetzung zwischen Mao und Lin. Lin Biao, der zu Maos Nachfolger als Parteivorsitzendem ernannt wurde, wollte formelles Staatsoberhaupt werden; er rechnete damit, naturgemäß diesen Posten zu erben, wenn der Vorsitzende seinen letzten Gang antreten würde. Mao bestand darauf, den Posten frei zu halten und ließ somit die Möglichkeit offen, jemanden als Gegengewicht zu Lin zu ernennen.

Der Konflikt zwischen Mao und Lin war im wesentlichen ein Kampf um persönliche Macht, was den ungewöhnlich gewaltsamen Ausgang erklärt. Es gab keine anderen bedeutenden politischen Differenzen zwischen beiden, außer denen, die den Konzentrationspunkt der Regierungsgewalt betrafen, wie z. B. den Grad der regionalen Autonomie. Weder Maos noch Lins angebliche Fraktionserklärungen gehen über Fragen der persönlichen Macht hinaus: Lin denunzierte Mao als grausamen Tyrannen und Mao beschuldigte Lin aufgeblähter Ambitionen und unberechtigter Eingriffe der Volksbefreiungsarmee in legitime Parteifunktionen.

Nachdem Lin im konventionellen Cliquenkampf in Peking ausmanövriert worden war, gab es Behauptungen, wonach er einen Militärputsch geplant hatte, der in allerletzter Minute scheiterte. Falls er tatsächlich in Verbindung mit dem Kreml stand, so bedeutete dies nicht, daß er eine stärker pro-sowjetische Haltung gegen die



Der Spiegel

### Bauern einer Volkskommune beim Bau eines Staudamms.

sich anbahnende Allianz Chinas mit Nixons Amerika eingenommen hätte. Lin war ganz einfach ein Mann, der verzweifelt nach Verbündeten suchte.

Nun, wieviel Böses Lin in seinem letzten Jahr als offizieller „engster Kampfgefährte“ Maos diesem auch gewünscht haben mag: durch seinen gewaltsamen Feuertod bei dem Flugzeugabsturz in der Mongolei hat er ja mehr als genug dafür gebüßt. Er war der perfekte Sündenbock für das Mao-Tschou-Regime. Die Erniedrigung von Kaderveteranen in der Kulturrevolution, die Angriffe auf ausländische Botschaften im Jahre 1967, die Übergriffe auf die Bauern in den Jahren 1969-71: dies alles konnte widerspruchslos dem Leichnam von Lin aufgebürdet werden.

Auf den Sturz des Marschalls Lin folgte eine massive, wenn auch unblutige, Säuberung der Volksbefreiungsarmee. 86 Prozent der Offiziere der Volksbefreiungsarmee, die auf dem 9. Parteitag (1969) ins Zentralkomitee der KPCh gewählt worden waren, wurden auf dem 10. Parteitag (1973) nicht wiedergewählt. Das auf dem 9. Parteitag gewählte Politische Büro setzte sich zu 55 Prozent aus Offizieren der Volksbefreiungsarmee zusammen; aber auf dem 10. Parteitag wurden nur noch 29 Prozent Militärs gewählt (*China Quarterly*, April-Juni 1974). 1974 wurden die Kommandanten von acht der elf Hauptmilitärregionen Chinas versetzt.

## Maos „Sozialismus“...

Nach dem Sturz von Lin Biao im Jahre 1971 bestanden die hauptsächlich Änderungen in der offiziellen chinesischen Politik in Konzessionen an die Arbeiter und Bauern, in der teilweisen Neuzentralisierung der Wirtschaft, im Wiederaufbau des zivilen Regierungsapparates (einschließlich der weitgehenden Wiedereinstellung von während der „Kulturrevolution“ in Ungnade gefallenen Bürokraten) sowie darin, daß die chinesische Bürokratie mit offenen Armen das diplomatische Bündnis mit dem US-Imperialismus einging.

Nach der Liquidierung Lins und seiner Gruppe in der Volksbefreiungsarmee vertraute Mao die Verwaltung des Regierungs- und Parteiapparates Tschou En-lai an. Tschou, ein kompetenter, aalglatter und zynischer Apparatschik, erwieb Mao während der Kulturrevolution seine Loyalität, als er die Säuberungen und Erniedrigungen von ihm nahestehenden Funktionären wie Außenminister Tschou Yi tolerierte. Gleichzeitig war er als Vertreter der „weichen Linie“ bekannt und somit vollkommen geeignet, als Vermittler zwischen Mao und den gesäuberten „Wegbereitern des Kapitalismus“ wie z. B. Deng Hsiao-ping aufzutreten, die damals rehabilitiert wurden, um das Regime zu stabilisieren.

Fast unmittelbar nach Lins Tod ging die Bürokratie daran, die unzufriedene Bauernschaft auszusöhnen. Im Dezember 1971 gab das Regime eine „Direktive über das Problem der Verteilung in den ländlichen Volkskommunen“ heraus, in der behauptet wurde, daß „eine künstliche Gleichmacherei... die Realisierung und Durchführung von Maos revolutionärer Linie behindert“ habe (*Asian Survey*, Januar 1973).

Diese Direktive machte das Recht der Bauern auf den Privatbesitz einer Parzelle Land wieder geltend und verbot den Behörden, Arbeitskräfte von den Produktionsbrigaden abzuführen. Seit dieser Zeit zeigte sich das Mao-Regime äußerst zurückhaltend, was eine stärkere Kollektivierung betraf. Die neue Verfassung der „Volksrepublik“ aus dem Jahre 1975 beinhaltet nicht nur das Recht auf den Privatbesitz eines kleinen Stückchen Landes, sondern legt fest, daß die Produktionsbrigaden weiterhin die Grundeinheiten der Verbuchung und Verteilung sein werden.

In dieser Periode suchte die herrschende Kaste in Peking, die relative Stagnation der Landwirtschaft durch die Verwendung von Hybridsorten, von Kunstdüngern und anderen technologischen Neuerungen zu überwinden, die mit der sogenannten „grünen Revolution“ zusammenhängen. Zwischen 1972 und 1974 stieg Chinas Produktion von Kunstdüngern von 14 auf 24 Millionen Tonnen (*Far Eastern Economic Review Yearbook*, 1975). Dieser außergewöhnliche Sprung war durch den Import von kompletten Harnstoffabriken ermöglicht worden.

1972 erhöhte das Regime auch die Löhne der schlechtest bezahlten Arbeiter: Dies war die erste Lohnerhöhung seit neun Jahren. Mao besaß die Frechheit, Liu Schao-tschu mit Lin Biao als Verfechter einer Sparpolitik mittels niedriger Löhne in Verbindung zu bringen; beide habe er schließlich nach einem Jahrzehnt des Kampfes besiegt, um den Arbeitern höhere Löhne zu gewähren! In Wirklichkeit waren Mao und seine Anhänger die ersten Verfechter einer Politik, die den Lebensstandard der Arbeiter fast auf dem Niveau der Bauern halten wollte.


### „Betonung großer und ausländischer Dinge“

Der Wiederaufbau des zivilen Partei- und Regierungsapparates führte natürlich zu einer größeren Zentralisierung der Wirtschaftskontrolle. Während 1969-71 die lokale Kontrolle große Mode war, wurden 1972 die lokalen Behörden daran erinnert, daß es einen staatlichen Plan gebe (hatten sie es vergessen?), und man erwartete, daß sie sich nach ihm richten würden:

„Einigen Einheiten und Genossen ist es bis jetzt nicht gelungen, die Beziehung zwischen einem Teil und dem Ganzen in der gegenwärtigen Phase der Kapitalbildung korrekt zu sehen. Bei Nichtbeachtung des staatlichen Planes haben sie nur auf Quantität, Ausmaß und Umfang gesehen und haben sich je nach Lust und Laune an Bauprojekten, die nicht im Plan vorgesehen waren, beteiligt...“

— *Pekinger Volkszeitung* [Renmin Ribao],  
8. Juni 1972

Die wichtigste Änderung in der Wirtschaftspolitik während der Regierungszeit von Mao, Tschou und Deng bestand in der schnellen Ausdehnung des Außenhandels, besonders mit Japan. 1972 belief sich Chinas Außenhandel insgesamt auf 4,7 Milliarden Dollar, ungefähr soviel wie im Jahre 1966. Bis 1975 war diese Zahl auf 13 Milliarden

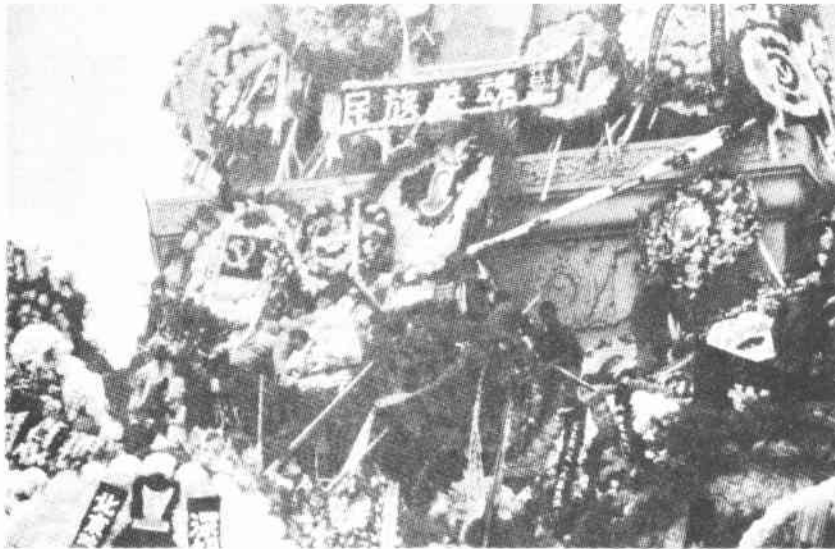


## ABONNIERT!

- 3 Probeexemplare  
1,--DM Portokosten
- Jahresabonnement  
8,50 DM (inklusive Porto)
- Auslandsluftpostabonnement  
10,--DM (Ein Jahr)

Zu bestellen über:

TLD, Postfach 11 0647, 1 Berlin 11  
Postscheckkonto Berlin W.: 503 57 — 107 (W. Hohmann)



Georges Grabet Gamma-Liaison



Gamma

**Kränze für Tschou En-Lai bei der Gedenkundgebung am 4. April 1976 in Peking (oben). Unten: Die parteioffizielle Gegendemonstration nach den Unruhen auf dem Tien-An-Men-Platz.**

Dollar gestiegen (*U.S.-China Business Review*, März-April 1976), was auch wenn man die Auswirkungen der Inflation abzieht eine wesentliche Veränderung in der chinesischen Wirtschaft darstellt.

Allgemein gesprochen exportiert China Textilien, Kohle und Öl und konzentriert seine Importe auf technologisch hochentwickelte Produktionsmittel. Seit 1972 hat China mehr als 100 komplette Fabriken importiert. In der Vergangenheit hatte Peking sorgfältig darauf geachtet, eine ausgeglichene Handelsbilanz zu haben; in den allerletzten Jahren hat das Mao/Tschou Deng-Regime diese Politik jedoch aufgegeben, und Chinas Handelsdefizit ist auf 1,4 Milliarden Dollar angewachsen.

Als revolutionäre Marxisten kritisieren wir die Ausweitung von Chinas Handel mit den imperialistischen Mächten nicht an sich. Jeder isolierte Arbeiterstaat sollte die Möglichkeiten des internationalen Marktes voll und ganz ausnutzen, um seine Ressourcen zu maximieren — die traditionelle stalinistische Autarkiepolitik ist reaktionär. Chinas gesteigerte Handels- und Kreditbeziehungen mit

der kapitalistischen Welt vollziehen sich jedoch vor dem Hintergrund eines immer ausgedehnteren Bündnisses mit dem US-Imperialismus gegen die Sowjetunion. Chinas tatsächlicher Bedarf an moderner Technologie ist keine Entschuldigung für seine Unterstützung der japanischen Großkapitalisten und der Rockefeller.

**Nicht „Liberalisierung“, sondern Arbeiterdemokratie!**

Darüberhinaus muß ein isolierter Arbeiterstaat (besonders ein wirtschaftlich rückständiges Land wie China) letztlich dem wirtschaftlichen Druck der kapitalistischen Einkreisung unterliegen. Chinas wirtschaftliche Rückständigkeit kann nur durch den Sturz der nationalistischen Bürokratien in Moskau und in Peking mittels der proletarischen politischen Revolution überwunden werden, im Zusammenhang mit der sozialistischen Revolution in den fortgeschrittenen kapitalistischen Ländern. Dies — und nicht dörfliche Hochöfen und der Handel mit den Imperialisten — wird den Weg zur sozialistischen Planung auf Weltebene eröffnen und die Fabriken in Leningrad und an der Ruhr mit den Kommunen in Hunan verbinden.

Um Lin Biao auszuschalten und seine hinausgesäuberten Anhänger zu ersetzen, war Mao gezwungen, die meisten Opfer der Kulturrevolution wieder in Amt und Würden zu setzen, vor allem den „Wegbereiter der Kapitalismus“, Nummer zwei, Deng Hsiao-ping. Diese Situation erforderte einen größeren Spielraum für tolerierbare Differenzen innerhalb der Bürokratie; dieser wurde dann ebenfalls auf das intellektuelle und kulturelle Leben ausgeweitet (obwohl noch im Rahmen des stalinistischen Totalitarismus). Während der Kulturrevolution und des Lin-Regimes durften nur fünf ausländische „marxistische“

Werke vertrieben werden, aber seit 1972 blüht die Herausgabe von Übersetzungen. Nach fünf Jahren lauter Losungen aus dem Roten Büchlein können selbst die gesammelten Werke von Enver Hoxha eine Quelle politischer Anregung sein!

Wenn das Mao/Tschou/Deng-Regime sich auch „liberal“ gegenüber abweichlerischen Bürokraten und fügsamen Intellektuellen verhielt, so legte es dem Proletariat gegenüber eine völlig andere Haltung an den Tag. In seiner Politik gegenüber den Arbeitern unterschied sich Deng nicht von Lin Biao. Berichten zufolge soll er einem auf Besuch weilenden Akademiker aus Hongkong gesagt haben:

„Die Löhne sind niedrig und der Lebensstandard ist nicht hoch. Wir bekommen gerade genug zum Anziehen und Sattwerden. Um die Wirtschaft zu entwickeln, muß diese Situation noch für einige Zeit bestehen bleiben. Dies haben wir dem Volk klargemacht. Das Volk versteht es.“

zitiert in *China: A Reassessment of the Economy*, hrsg. vom amerikanischen Kongreß

Aber welche Institutionen hat das Volk, um sein angebli-

## Maos „Sozialismus“ ...

ches „Verständnis“ auszudrücken? Im Sommer 1975 zeigte Deng, wie er mit Arbeitern umgeht, die offensichtlich nicht „verstanden“ haben.

In diesem Jahr setzte sich ein härterer Kurs durch, offenbar als Antwort auf Forderungen der Arbeiter. Die Ankündigung größerer Freiheiten durch das Regime (die im Januar 1975 verabschiedete Verfassung beinhaltete das Streikrecht) kombiniert mit einer offensichtlichen wirtschaftlichen Expansion muß Druck für bedeutende



Hua Guo-feng

Atkins/Contact

Lohnerhöhungen geschaffen haben. Yao Wen-yüan, ein Führer der Schanghaier „Radikalen“, der während der Kulturrevolution eine prominente Figur geworden war, schrieb einen wichtigen Artikel „Über die gesellschaftliche Basis der parteifeindlichen Clique um Lin Biao“ (*Peking Rundschau*, 18. März 1975). Yao behauptet, daß Löhne und materielle Anreize die hauptsächlich sozialen Grundlagen für die kapitalistische Restauration bilden. Die Botschaft war eindeutig: Arbeiter, die höhere Löhne fordern, stehen unter dem Einfluß bürgerlicher Ideologie.

Einige Monate später reagierte das Regime auf militante Arbeiter mit ausgesprochen nichtliterarischen Methoden. Im Juli wurden die modernen Textilfabriken in Hangtshou (nahe Shanghai) bestreikt. Als Antwort darauf wurde eine 10000 Mann starke Einheit von Truppen der Volksbefreiungsarmee hingeschickt, um den (von der Verfassung zugelassenen) Streik zu zerschlagen. Das *Far Eastern Economic Review* (8. August 1975) berichtete:

„Nachdem die Stadt vom Rest des Landes abgeriegelt worden war, intervenierte der Stellvertretende Ministerpräsident, Deng Hsiao-ping persönlich (unterstützt von starken Abteilungen bewaffneter Sicherheitskräfte), und die Situation beruhigte sich...“

Dies sind die Wege, die die „gemäßigten“ Stalinisten einschlagen.

### Was nun?

In welchem Sinn spiegelt der Konflikt zwischen „Gemäßigten“ wie Deng und maoistischen „Radikalen“ grundlegende politische Differenzen wider? Sicherlich ist der ursprüngliche Streitpunkt zwischen Mao und der sich um Liu gruppierenden zentralen Parteiführung ein realer gewesen, nämlich ob der Große Sprung Nach Vorn aufgegeben werden sollte. Gleichfalls bildete der Versuch, den „Großen Sprung“ in der frühen Phase der Kulturrevolution wiederaufleben zu lassen, eine offensichtliche politische Auseinandersetzung. Aber in beiden Fällen gab es keine qualitative Links-Rechts-Differenzierungen zwischen beiden Flügeln der chinesischen Bürokratie, und die Unterstützung beider Fraktionen stand den Interessen des Proletariats diametral entgegen.

Während die Bürokratie insgesamt als bonapartistischer Schiedsrichter zwischen dem Druck des Imperialismus einerseits und dem der arbeitenden Massen andererseits laviert, hat Mao versucht, eine persönliche bonapartistische Rolle als Vermittler zwischen den verschiedenen Cliquen und Machtblöcken innerhalb der herrschenden Kaste zu spielen. Um seine persönliche Autorität aufrechtzuerhalten, hat er im letzten Jahrzehnt ständig die Linie gewechselt, indem er zuerst die eine Politik proklamierte, um dann das genaue Gegenteil davon zu tun.

So hat er 1971 die ehemaligen „Wegbereiter des Kapitalismus“ an die Macht zurückgebracht, um seinen Hauptverbündeten aus der Zeit der Kulturrevolution liquidieren zu können. Während er ökonomische Einschränkung und spartanische Tugenden lobt, sucht er die bescheidene Hebung des Lebensstandards in den letzten Jahren sich zum Verdienst anzurechnen. Die maoistische Doktrin besteht aus den jeweiligen momentanen Äußerungen des „Großen Steuermanns“, und wehe denen, die nicht sofort in den gleichen Tonfall mit einfallen. Übrigens haben auch die „Gemäßigten“ nicht für eine konsequente Politik gekämpft. Tschou En-lais Hauptprogramm bestand darin, niemals auf der Verliererseite eines Fraktionskampfes zu stehen. Und Deng war trotz seiner liberalen Pose 1975 in Hangtshou bei der Unterdrückung der Arbeiter ebenso skrupellos wie die „radikalen“ Maoisten 1967 in Shanghai.

## LE BOLCHEVIK

Organe de la Ligue Trotskyste de France

section sympathisante de la tendance spartaciste internationale

NUMERO DE MARS 1977 2 F. \$50

- Pas une voix aucun des candidats du front populaire!
- Réunion de famille des pseudo-trotskyistes à Londres
- Hansen est un révisionniste honnête
- Espagne: la LCR se réfugie dans la «démocratie» franquiste
- Le nationalisme québécois et la lutte des classes

POUR TOUTE COMMANDE:

P. Allesandri, B.P. 336, 75011 Paris





**Maschinenfabrik  
in der Provinz  
Hunan**

Pictorial Parade

So ist der Konflikt zwischen Deng und Mao größtenteils cliquistischer Natur und spiegelt eher vergangene Feindseligkeiten oder Cliquenverbindungen als gegenwärtig brennende politische Differenzen wider. Dennoch gibt es Differenzen hinsichtlich der jeweiligen bürokratischen Klientel. Mao wird größtenteils von ländlichen Parteikadern unterstützt, deren Bewußtsein durch den Krieg gegen Japan und den Bürgerkrieg gegen die Kuomintang geformt wurde. Sie sind gleichermaßen höchst ethnozentrisch wie zutiefst mißtrauisch der städtischen Arbeiterklasse und der technischen Intelligenz gegenüber, die als empfänglich für die Korruption durch westliche soziale Werte gelten.

In den fünfziger Jahren bauten Liu und Tschou ganz bewußt eine moderne Staatsbürokratie nach dem Muster der Sowjetunion auf. Politisch waren sie mit den administrativen und technischen Kadern und den Parteipolitikern verbunden, die direkt mit den städtischen Industriearbeitern zu tun hatten. Das Milieu um Liu und Tschou, auf das sich die Kräfte um Deng stützen, tendiert so zum Import einer modernen Technologie und zieht eher materielle Anreize und Ausbildung vor als die Massenmythifikation und den Maokult. Beide Cliquen sind gleichermaßen an der Aufrechterhaltung der bürokratischen Kontrolle über die arbeitenden Massen interessiert.

Die Natur der gegenwärtigen Auseinandersetzung kann aus den Anschuldigungen gegen Deng abgeleitet werden, die im höchsten Maße cliquistisch sind. Man sagt, daß er „korrekte Urteile rückgängig machen“, d. h. reulose Antimaoisten aus der Liu-Periode wieder in Amt und Würden setzen wollte. Die Prominentesten unter ihnen waren Peng Dschön und Lo Jui-tsching, ehemaliger Stabschef der Volksbefreiungsarmee, die 1965 das unver-

zeihliche Verbrechen begangen haben, für eine Einheitsfront mit der UdSSR gegen die US-imperialistische Aggression in Vietnam eingetreten zu sein.

Abgesehen von der inhaltsleeren Rhetorik über „kapitalistische Wegbereiter“ betreffen die einzigen konkreten politischen Differenzen, die beim Sturz Dengs enthüllt wurden, die Wirtschaft. Deng wird beschuldigt, eine Überzentralisierung befürwortet und zuviel Nachdruck auf den Import moderner Technologie gelegt zu haben:

„Im Licht der tatsächlichen Bedingungen an der industriellen Front kritisieren einige Unternehmen die revisionistische Konterbande des kapitalistischen Wegbereiters [Deng], wie beispielsweise seine Versuche, gegen Unabhängigkeit und das Prinzip des Vertrauens auf die eigene Kraft aufzutreten und die sklavische Kompradorenphilosophie und -doktrin zu befürworten, die darin besteht, im Schnecken tempo hinterherzuziehen, sich gegen den Aktivismus zentraler sowie lokaler Initiativen zu stellen und die Praxis der ‚direkten und ausschließlichen Kontrolle der Unternehmen durch das betreffende Ministerium‘ wieder einzuführen, gegen die Politik des ‚Gehens auf zwei Beinen‘ zu sein und einseitige Betonung auf große und ausländische Dinge zu legen...“

— *Hsinhua Weekly*, 29. März 1976

### **Unruhen auf dem Platz des Himmlischen Friedens**

Wenn auch die politischen Differenzen zwischen Deng und Maos Anhängern nicht groß sind, so ist der organisatorische Konflikt nichtsdestoweniger erbittert. Die Krawalle für Deng auf dem Platz des Himmlischen Friedens in Peking am 5. April war genauso wenig spontan wie die größeren Demonstrationen für Mao, die ihr folgten. Sie haben jedoch die äußerste Labilität der

*Fortgesetzt auf S. 12*

# Über die Verwandlung von Partei- und Staatsführern in Buschwerk

Vorher HSINHUA WEEKLY  
20. September 1976



Nachher RENMIN HUA BAO  
November 1976



党和国家领导人华国锋、×××、叶剑英、×××、宋庆龄、××、×××、李先念、陈锡联、纪登奎、汪东兴、吴德、许世友、韦国清、李德生、陈永贵、吴桂贤、苏振华、倪志福、赛福鼎在追悼大会上。

Josef Stalin starb 1953, doch die „Stalinsche Fälscherschule“ lebt munter weiter, und zwar nicht nur im Kreml. Eine besonders altherwürdige stalinistische Spezialität bei der Dokumentation historischer Ereignisse ist jüngst von den Bürokraten in Peking aufgegriffen worden: die Produktion von „Unpersonen“ durch die Retuschierung von Fotos.

Mit Verspätung von mehreren Monaten erschien vor kurzem die November-Nummer von *Renmin Hua Bao*, der chinesischen Ausgabe von *China im Bild*. Offiziell dem Leben und Sterben des Großen Vorsitzenden gewidmet, gibt die Nummer eher Aufschluß über Sorgen und Nöte chinesischer Redakteure in unserer von „revolutionärer Unruhe“ erfüllten Zeit.

Wer hätte wohl so leicht im September 1976 beim Betrachten des Bildes, das Mao 1947 beim Marsch durch die Provinz Schensi zeigt, entdeckt, daß die kleine Figur im Hintergrund weiblichen Geschlechts, ja sogar dem Vorsitzenden durch Herzensbande verbunden ist. Allein die Tatsache, daß sie als einzige in der Reisegruppe mit Mao das Privileg teilt, sich zu Pferde fortbewegen zu können, hätte scharfsinnigen Betrachtern Hinweise auf den Rang der Person gegeben.

Jetzt aber weiß es jeder: was sich da in Luft aufgelöst hat, das kann nur die notorische Intrigantin Djiang Tjing sein, die offenbar schon damals den kapitalistischen Weg beschritt (bzw. ritt). Keineswegs so spurlos dagegen verschwand die „Kaiserinwitwe“ samt ihren drei Mitverschwörern von der Trauerfeier für den Großen Steuermann. Die Viererbande hinterließ klaffende Lücken, und im Hintergrund begann plötzlich auf wundersame Weise Buschwerk zu sprießen.

Aber die chinesischen Massen sind schon seit langem an Wunder gewöhnt. Das intensive Studium der Worte des

Vorsitzenden Mao hat es — vor allem in den Jahren nach der Großen Sozialistischen Kulturrevolution — immer wieder vermocht, daß hoffnungslos an Krebs Erkrankte geheilt werden (*Radio Peking*, 13. September 1968), daß Blinde wieder sehen (*Hsinhua News Agency*, 28. November 1969), Lahme wieder gehen (*Radio Peking*, 23. März 1969) und Taubstumme lernen, nicht nur zu sprechen, sondern sogar das Lied „Der Osten ist rot“ zu singen (*Peking Review*, 15. November 1968).

Bewundernswert ist auch die Korrektheit, mit der die Redakteure von *Renmin Hua Bao* die Bildunterschriften behandelt haben. Auch als Unperson muß man in Volkschina die strenge Rangfolge der Parteihierarchie einhalten. XXX Nr. 1 kann also niemand anderes als Wang Hung-wen sein, XXX Nr. 2 Dschang Tschun-tjiao, gefolgt von XX und XXX Nr. 3 (Yao Wen-yüan).

Diejenigen Bewunderer der Mao-Tse-tung-Ideen, die sich jetzt voller Ekel von den gegenwärtigen chinesischen Führern abwenden, sollten sich fragen, woher der Zynismus dieser Bürokraten kommt, in welcher Schule sie die Praktiken der Lüge, Fälschung und Verdummung gelernt haben, warum sie systematisch Ammenmärchen verbreiten, die ohnehin niemand glaubt und die nur den einzigen Zweck haben können, Millionen Menschen das geistige und moralische Rückgrat zu verkrümmen.

Es ist nicht die Schule des Leninismus, es sind die widerlichen Traditionen des konterrevolutionären Stalinismus, der bereits in der Sowjetunion *alles* vorexerziert hat, was die herrschenden Dunkelmänner in Peking seit Jahren den chinesischen Massen an schmutzigen Lügen aufbürden. Für uns, die wir an den Traditionen von Marx und Engels, von Lenin und Trotzki festhalten, gilt mehr denn je Lenins Wort: „Die Wahrheit ist revolutionär“.

**Vorher**

**HSINHUA WEEKLY**  
20. September 1976



**Nachher**

**RENMIN HUA BAO**  
November 1976

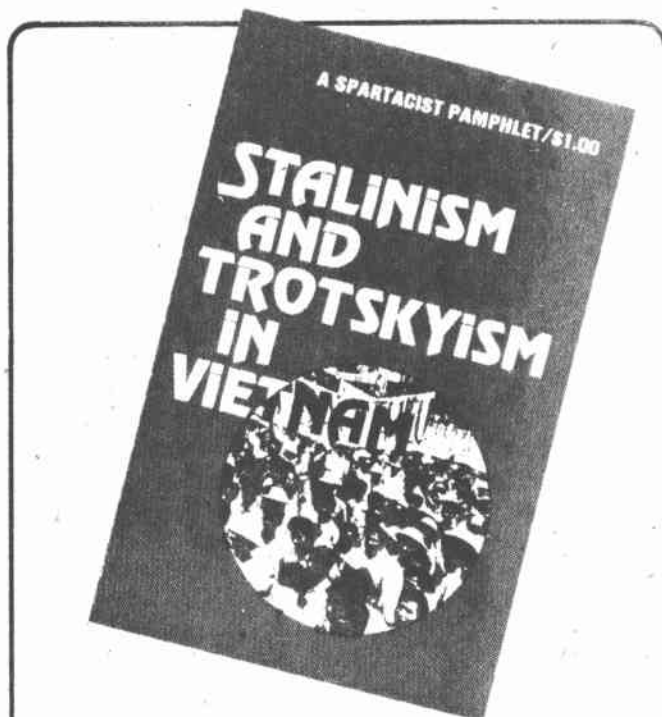


## Maos „Sozialismus“ ...

(Fortgesetzt von S. 9)

Bürokratie und die explosiven Spannungen innerhalb der chinesischen Gesellschaft enthüllt. Die Tatsache, daß Anti-Regime-Demonstranten das Zentrum Pekings mehr als zehn Stunden lang unter Kontrolle hatten, ist ein Indiz für das weitgehende Zusammenspiel mit der lokalen Polizei, der Miliz und den Armeebehörden. Weiterhin ist es ein Beweis dafür, daß auch die „Gemäßigten“ die Massen gegen diejenigen, die sich an der Macht befinden, mobilisieren können; d. h. sie drohen bzw. versprechen, den 1966 von Mao inszenierten Film wieder rückwärts laufen zu lassen. Daß die sogenannten „Radikalen“ sich dieser Tatsache bewußt waren, hat sie zweifellos davon zurückgehalten, die Anti-Deng-Offensive durch die Mit-einbeziehung anderer ehemaliger „kapitalistischer Wegbe-reiter“ auszuweiten.

Welche Auswirkungen wird die Entmachtung Dengs auf die Politik Pekings haben? Keine großen. Die Entscheidung, Deng durch den bisher obskuren, schnell aufgestiegenen Kompromißkandidaten Hua Guo-feng anstatt durch einen prominenten „Radikalen“ wie Yao Wen-yüan zu ersetzen, impliziert eine hinhaltende Einstellung zur gegenwärtigen Politik. Den Parteisekretären der Kommunen wird man weiterhin genug Geldmittel bewilligen, damit sie kleine Stahlfabriken oder Fabriken zur Herstellung von Düngemitteln nach eigenem Gutdünken bauen können;



Spartacist pamphlet

**\$1.00**

**Order from/pay to:**  
**Spartacist Publishing Co.**  
**Box 1377, G.P.O.**  
**New York, New York 10001, U.S.A.**

Importe zwecks ehrgeiziger Kapitalinvestitionen mögen etwas eingeschränkt und der Maokult wird wahrscheinlich wieder auf Touren gebracht werden.

Diese Prognose steht im Gegensatz zu der der verschiedenen selbsternannten „trotskistischen“ Tendenzen, die in der einen oder anderen Form Mao oder seine Roten Garden während der Kulturrevolution „kritisch“ unterstützt haben. Diese „kritischen“ Apologeten des Stalinismus, die durch den Block Pekings nach 1971 mit dem US-Imperialismus arg in Verlegenheit gebracht wurden, leugnen Maos Verantwortung, indem sie von der Voraussetzung ausgehen, daß Mao bereits mehr oder weniger total entmachtet war. Sie analysieren Maos gegenwärtige Situation als die eines linken Außenseiters, der noch einmal „zum Sturm auf die Hauptquartiere“ ansetzt.

Die maoistische Fraktion habe während der Kulturrevolution „politisch nicht gesiegt“, heißt es in einem kürzlich erschienen Artikel in der *Inprecor* (8. Juli 1975), dem Organ des Vereinigten Sekretariats (VS). Stattdessen habe sie gegenüber der Tschou-Fraktion „nachgegeben“, sei aber jetzt dabei, eine neue „in noch höherem Maße auf Konfrontation abzielende, provokative“ Kampagne gegen die Hauptrichtung der Bürokratie zu entfesseln. Während der Autor gezwungen ist, die Existenz einer Bürokratie zuzugeben, beschönigt er das stalinistische Regime, indem er behauptet, daß „auch jetzt noch eine Art horizontaler Demokratie“ in China am Leben erhalten werde, da die Massen diskutieren könnten, wie die Politik, die oben von Mao & Co. beschlossen wird, durchgeführt werden solle. Obwohl die Herausgeber von *Inprecor* formell von dem Artikel abrücken (sie bezeichnen ihn als „einen Beitrag“ zur Analyse der kürzlichen Ereignisse), ist dieser Glaube an Mao übliche VS-Nachtrabpolitik.

Für die arbeitenden Massen Chinas ist der Unterschied zwischen den Mao- und Deng-Cliquen der Bürokratie ebenso unbedeutend, wie für die amerikanischen Arbeiter der zwischen den kapitalistischen Politikern Gerald Ford und Jimmy Carter. Nach der Erfahrung, die die fortgeschrittensten Arbeiter im Laufe des letzten Jahrzehnts gemacht haben — mit dem Aufstieg und Fall der Roten Garden wie des sich auf die Volksbefreiungsarmee stützenden Lin-Regimes und der gemäßigten Parteiveteranen — gibt es Grund genug für die Hoffnung, daß sie keinerlei Illusionen mehr über den maoistischen bürokratischen Fraktionismus hegen. Andererseits hat Maos persönliche bonapartistische Vermittlerrolle wesentlich dazu beigetragen, die brüchige „Einheit“ der chinesischen Bürokratie aufrechtzuerhalten, während die materielle Rückständigkeit des Landes weiterhin Streitigkeiten in der herrschenden Schicht produzieren wird, da eine politische Linie nach der anderen nicht imstande ist, „Volkschina“ in den Rang einer „Großmacht“ zu erheben.

So sind die Voraussetzungen für erheblichen Aufruhr in China nach dem Tod des Vorsitzenden (wenn nicht schon vorher) gegeben. In dieser Erschütterung dürfen die Arbeiter sich nicht zu bloßen Werkzeugen für die eine oder die andere Fraktion oder Clique degradieren lassen. Ihre Aufgabe besteht darin, die parasitären Bürokraten rauszuwerfen, die der politischen Macht der Arbeiterklasse, der demokratischen Herrschaft der Sowjets, im Wege stehen. Mit diesem Ziel, um eine solche antibürokratische politische Revolution zu führen, muß eine chinesische trotskistische Partei aufgebaut werden. ■

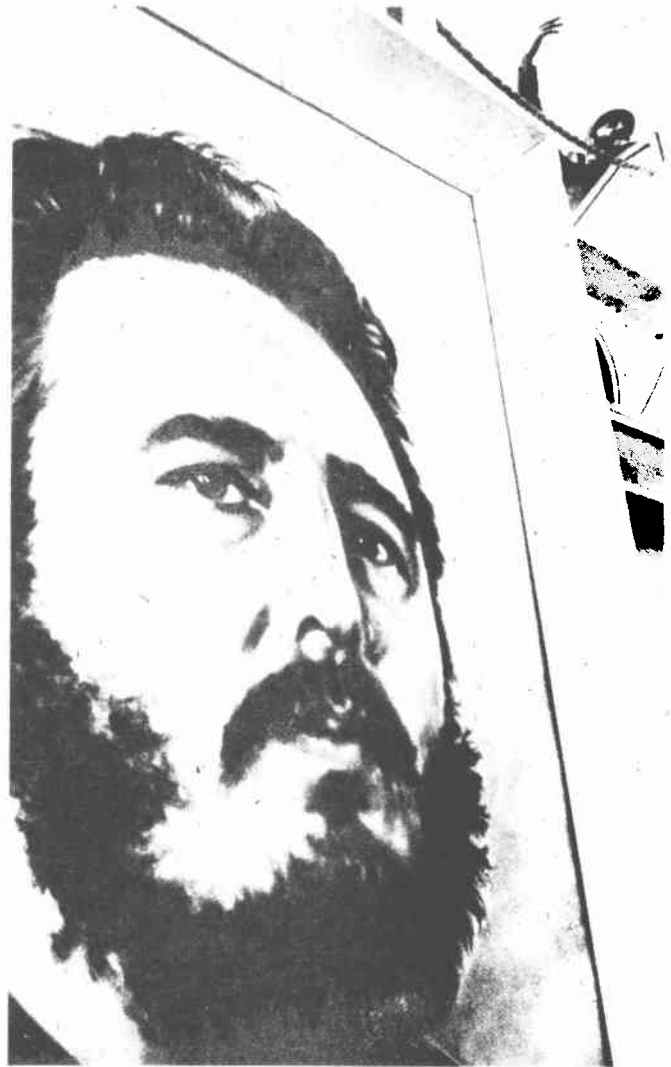
# Entstehung des kubanischen deformierten Arbeiterstaates

Eine der grundlegenden Schwächen der trotzkistischen Bewegung nach dem Zweiten Weltkrieg war ihre Unfähigkeit, den Prozeß rechtzeitig und korrekt zu analysieren, der zur Entstehung deformierter Arbeiterstaaten in Osteuropa und China führte. In unserem Aufsatz „Ursprünge des Pabloismus“ (Spartacist—Deutsche Ausgabe, Nr. 3) haben wir aufgezeigt, wie die Pseudo-Orthodoxie der ersten Jahre in opportunistische Nachtrabpolitik und immer offeneren Revisionismus umschlug. Bei den europäischen Pabloisten führte die Isolierung von der Massenbewegung, die in einigen entscheidenden europäischen Ländern vom Stalinismus dominiert wurde, in den Jahren 1951-53 zum endgültigen Bruch mit dem trotzkistischen Programm. Die amerikanische SWP, die einige Jahre lang diesen Verrat, wenn auch in unzulänglicher Weise, bekämpft hat, unterlag schließlich unter dem Einfluß der kubanischen Revolution einem ähnlichen Degenerationsprozeß.

Die Debatte über die Kuba-Frage, die 1960 in der SWP einsetzte, stellt einen entscheidenden Wendepunkt im Kampf für die Wiedergeburt der Vierten Internationale dar. Während die beiden wichtigsten europäischen Sektionen des „orthodoxen“ Internationalen Komitees (IK), die britische Socialist Labour League (SLL) unter Führung von Gerry Healy und die französische Gruppe um Pierre Lambert (die heutige Organisation Communiste Internationaliste — OCI) dem Impressionismus der SWP-Führung nur Realitätsblindheit gegenüber den Ereignissen in Kuba entgegenzusetzen wußten, entstand innerhalb der SWP selbst eine oppositionelle Minderheit, die Revolutionary Tendency (RT), die prinzipienfestes Beharren auf den Positionen des Trotzkismus mit der Fähigkeit verband, auf neue Probleme eine korrekte Antwort zu geben. Die in dem Bulletin „Cuba and Marxist Theory“ (Marxist Bulletin, Nr. 8) zusammengefaßten Dokumente bilden deshalb einen Meilenstein in der Geschichte der internationalen Spartacist Tendenz.

Wir hoffen, in späteren Ausgaben des Spartacist—Deutsche Ausgabe wesentliche Beiträge aus dieser Diskussion veröffentlichen zu können. In dieser Ausgabe drucken wir das Vorwort ab, das für die zweite Auflage von „Cuba and Marxist Theory“ (1973) geschrieben wurde. Es gibt in sehr konzentrierter Form einen Abriß über die Geschichte der Gesamtproblematik und geht damit über den Rahmen der ursprünglichen Kuba-Debatte hinaus: das allgemeine Problem, wie und zu welchem Zeitpunkt die bürokratisch deformierten Arbeiterstaaten entstanden sind, wird ange-rissen. Die früheren Positionen der Revolutionary Tendency werden somit vertieft und erweitert; deren Wert als prinzipienfeste Grundlage für die Herausbildung einer authentisch trotzkistischen Tendenz wird dadurch nur unterstrichen.

Im Laufe der Zeit findet in der marxistischen Bewegung eine langsame Verschiebung der Einschätzung vergangener



Black Star

Ereignisse statt, die in bestimmten Momenten zu einer scharfen Abkehr von dem führt, was früher als gegeben galt. Manchmal wird eine wesentlich höhere und umfassendere Synthese mit nur nebensächlichem Verlust besonderer Details erreicht, die in einer früheren Periode gesehen worden waren; manchmal aber geht eine wesentliche Einsicht in die Realität verloren. Was sich durchsetzt, hängt von Umständen ab, die über das betreffende Ereignis hinausgehen und von ihm bisweilen weit abgehoben sind.

## Die Haston-Vern-Position

Gewiß hat sich der massive Enthusiasmus für Fidel Castro bei denen, die vorgeben, sich auf den revolutionären Marxismus zu berufen, weitgehend verflüchtigt oder, allgemeiner gesehen, verschoben. Aber die Erklärungen, Rationalisierungen und Ersatzvorstellungen aller zentristischen, revisionistischen und reformistischen Strömungen

## Kuba ...

stellen keinen Fortschritt dar. Zum Beispiel haben diverse zur Zeit oder bis vor kurzem in der SWP befindliche Elemente neuerdings in alten SWP-Bulletins die Schriften der Vern-Ryan-Tendenz aus den fünfziger Jahren über Osteuropa wiederentdeckt, einer Fraktion in Los Angeles, die sich bald danach in Max Shachtmans Independent Socialist League auflöste (welche sich ihrerseits seitdem längst in der amerikanischen Sozialdemokratie [Socialist Party/Social-Democratic Federation] aufgelöst hat). Dennis Vern wiederum hatte den Kern seiner Ansichten der Mehrheitsfraktion der britischen trotzkistischen Revolutionary Communist Party entlehnt, die unter der Führung von Jock Haston stand, bis die Haston-Gruppe sich mehr oder weniger im rechten Flügel der Labour Party auflöste. Heute nicht mehr unbedingt einsichtig ist es, daß die Haston-Vern-Position — wonach überall dort, wo die Rote Armee am Ende des Zweiten Weltkrieges einrückte, durch diese Tatsache jenes Stück Land ein deformierter Arbeiterstaat geworden sei — als eine Liquidierung des Trotzkismus verstanden wurde — nicht, wie es die Logik andeuten würde, gegenüber den Stalinisten, die in Großbritannien und den USA schwach waren, sondern letztlich gegenüber den reformistischen Widerspiegelungen der eigenen bürgerlichen Ordnung.

Aber Haston und Vern *sahen tatsächlich* einen Aspekt der sozialen Veränderung in Osteuropa, der den hilflosen trotzkistischen Theoretikern von damals, wie Hansen und Germain-Mandel, weitgehend entging, daß nämlich die vorhandene bewaffnete Macht als grundlegender Faktor beim Versuch zu verstehen, was für ein Prozeß dort vor sich geht, berücksichtigt werden muß. Doch Haston und Vern blieben bereits an der Schwelle der Erkenntnis stehen. Und dieses Stück Erkenntnis war noch dazu schief. Der gegebene Klassencharakter des Staates, bis dieser gestürzt ist oder solange er es noch nicht ist, bestimmt sehr wohl die Richtung der sozialen Entwicklung innerhalb der Gesellschaftsordnung, die von diesem Staat gesichert wird. Doch war der Kern des Staates in Osteuropa eine *russische* Armee, Agentur des *russischen* stalinistischen degenerierten Arbeiterstaates.

Kurzfristig konnte die russische stalinistische Führung über das gesellschaftliche Ergebnis eine Wahl treffen (eine Wahl, die nicht frei entschieden wurde), was sie auch tat. Daher der grundlegende Fehler im Haston-Vern-Syllogismus „Klassencharakter des Staates ist gleich Vorherrschaft dieser Klasse in der Gesellschaft“, wenn der Staat (die Armee) russisch und die Gesellschaft z.B. österreichisch oder ungarisch ist. Die Russen zogen sich aus den Gebieten zurück, die sie in Österreich und im Iran kontrollierten, leiteten aber die Verwandlung des Großteils

von Osteuropa in soziale und politische Gegenstücke zur Sowjetunion — d. h. *Konsolidierung im Kielwasser der russischen Eroberung*.

Eine Ausnahme bildete der besondere, aber damals nicht klar zur Kenntnis genommene Fall Jugoslawiens, dessen gesellschaftliche Transformation im wesentlichen intern zustande gekommen ist. Trotz der Tito-Stalin-Spaltung wurde die Bedeutung Jugoslawiens erst im Lichte der



**Chruschtschow und Castro**

chinesischen und auch der kubanischen Revolution vollkommen klar.

### Wohlforth

Die jugoslawische, die chinesische und die kubanische Revolution können in keiner Weise durch das direkte Aufzwingen russischer Herrschaft erklärt werden — jedenfalls von niemandem, der links von der John Birch Society steht, d. h. mit Ausnahme von Tim Wohlforth von der Workers League/„Internationales (Healyistisches) Komitee“. Und selbst Wohlforths krampfhaftes Dogmen — diese triviale Parodie des Marxismus, die sich „The Theory of Structural Assimilation“ (Die Theorie der strukturellen Assimilation) nennt (eine *Bulletin*-Publikation von 1964) — brachen zusammen, was sich eindeutig an der Unfähigkeit zeigte, Kuba in sein Schema einzubauen. Wie Wohlforth in seinem Vorwort bemerkte:

„Im Sommer 1961 schrieb ich den vorläufigen Entwurf eines Dokuments über die Natur des kubanischen Staates und die sich daraus ergebenden theoretischen Implikationen [„Cuba and Marxist Theory“, nachgedruckt in *Marxist Bulletin* Nr. 8 — Anm. der SL]. Die ersten Diskussionen über dieses Dokument überzeugten mich, daß ich gänzlich und vollkommen auf dem Holzweg war. Wie die Führung der SWP selbst wart ich einfach Theoriebrocken zusammen, um eine Impression der Realität in Kuba zu „erklären“ und eine politische Schlußfolgerung zu rechtfertigen — die natürlich der kubanischen Führung gegenüber weitaus kritischer war als die der SWP-Mehrheit. Es wurde mir klar, daß, wenn ich den ersten Schritt im Verständnis von Kuba erreichen wollte, ich Kuba in ein allgemeines theoretisches Verständnis der Nachkriegsentwicklungen insgesamt einfügen mußte. Also mußte ich zunächst mit den theoretischen Problemen ringen,

**Leo Trotzki**

## **BOLSCHEWISMUS UND STALINISMUS**

**PREIS: 1,-- DM**

**Zu beziehen über:**

**TLD, Postfach 11 0647, 1 Berlin 11**

die durch Osteuropa, Jugoslawien und China aufgeworfen worden waren, bevor ich erwarten könnte, über aktuellere Entwicklungen irgendeinen Fortschritt machen zu können. Je weiter ich im Verständnis dieser Ereignisse kam, desto weniger fand ich ironischerweise ihren Bezug zu Kuba. So kommt es, daß ein Dokument, welches als eine Analyse Kubas begann, sich nicht einmal direkt mit dieser Frage befaßt. Wir werden eine Analyse Kubas gesondert herausgeben.“

Wohlforths „Theorie“ reduziert sich auf Folgendes: erstens, Absorbierung von Nachbarstaaten in den russi-



Tim Wohlforth

WV Photo

schen degenerierten Arbeiterstaat; zweitens, soziale Transformation des neu gewonnenen Gebietes; drittens und letztens, dessen Freigabe als eigenständiger deformierter Arbeiterstaat — all das aufgrund eines „defensiv expansionistischen“ Drangs der russischen stalinistischen Bürokratie als Antwort auf die unmittelbare Bedrohung durch den kapitalistischen Imperialismus. Wohlforth erklärte sogar die Verwandlung Nordvietnams in einen deformierten Arbeiterstaat mit der ihm eigenen Version der „Domino-Theorie“: zuerst wurde China von Rußland einverleibt und wieder herausgewürgt, dann in gleicher Weise Vietnam von China.

Mit einem Blick in seinen Atlas stellte Wohlforth jedoch fest, daß Kuba von Rußland recht weit entfernt und obendrein eine Insel ist! So blieb Wohlforth auf der Position sitzen, die heute noch, mehr oder weniger verschämt, von der Workers League vertreten wird — der kubanische Staat unter der Führung von Fidel Castro sei kapitalistisch. Das dürfte auch der Grund sein, warum der literarisch so produktive Wohlforth uns bis jetzt, 1973, immer noch auf die versprochene „gesonderte Analyse Kubas“ warten läßt. (Übrigens haben wir in letzter Zeit auch keinen Nachdruck von „The Theory of Structural Assimilation“ bemerkt.)

\* \* \* \* \*

Unsere Tendenz entstand als Opposition zum Revisionismus der SWP-Mehrheit, indem sie für drei programmatische Hauptpunkte in bezug auf die kubanische Revolu-

tion und deren Verteidigung kämpfte: Festhalten an der Permanenten Revolution, d. h. an der Ansicht, daß keine der wesentlichen Aufgaben der Revolution vor dem Sieg und der Konsolidierung eines Arbeiterstaates erfüllt werden könne; dementsprechend die Unentbehrlichkeit eines Kampfes um die Hegemonie der Arbeiterklasse in der Revolution; damit verbunden die Notwendigkeit einer bewußten trotzkistischen Partei als proletarischer Avantgarde zur Führung dieses Kampfes.

### „Übergangsstaat“

Wie wir in unserem früheren Vorwort bemerkten [siehe Marxist Bulletin Nr. 8, S. i], hatte Shane Mage 1961 — mit der Zustimmung von Wohlforth und der disziplinierten Unterstützung anderer in unserer damals noch gemeinsamen Tendenz — eine politisch prinzipienfeste, aber theoretisch noch vage und nicht vertretbare Position vorgelegt: der kubanische Staat habe noch keinen definierten Klassencharakter, er sei ein „Übergangsstaat“. Diese Ansicht sowie die Art und Weise, wie sie der Tendenz aufgezwungen wurde, war eine der frühen Reibungspunkte in dem Prozeß, der schließlich anderthalb Jahre später mit der Abspaltung Wohlforth's von der Tendenz endete, aus der die Spartacist Tendenz entstand. Die Resolution von Mage 1961 über die kubanische Frage, die zuvor in der Tendenz überhaupt nicht zirkuliert war, wurde in einer Tendenzsitzung in New York mit der Erklärung von Wohlforth eingebracht, daß sie in jedem Fall am nächsten Morgen für das interne Bulletin der SWP eingereicht werden müsse. Da eine mögliche Mehrheit der Tendenz in New York und auf nationaler Ebene der Ansicht war, Kuba sei bereits zu einem deformierten Arbeiterstaat geworden, folgten viele von uns nur aus einem starken Sinn für Tendenzdisziplin, die der programmatische Kampf in der SWP erforderte.

Die umstrittene Frage, was *gegenwärtig* der Klassencharakter des kubanischen Staates sei — Mages „Übergangsstaat“, der „deformierte Arbeiterstaat“ des Großteils der Tendenz oder (nachdem er erst die Position von Mage aufgegeben und sich dann kurz auf die Auffassung der Tendenzmehrheit eingelassen hatte) Wohlforth's „kapitalistischer Staat“ — führte in der unmittelbar darauffolgenden Periode zu der Neigung, bestimmte theoretische Aspekte im Schatten zu lassen, insbesondere eine präzise, chronologisch eingehende Analyse der *früheren* Periode der kubanischen Revolution. Wenn diese auseinanderweisenden Interpretationen auch alle im Rahmen der damaligen Entwicklungsphase mit unserer gemeinsamen

### Internationale Spartacist-Tendenz Kontaktadressen

**Ligue Trotskyste de France**  
Pascal Alessandri  
B.P. 336, 75011 Paris

**London Spartacist Group**  
BCM Box H292  
London, WC1V 6XX

**Nucleo Spartacista d'Italia**  
c/o New York oder Paris

**Spartacist League of  
Australia/New Zealand**  
GPO Box 3473  
Sydney, NSW, 2001, Australia

**Spartacist League/U.S.**  
Box 1377, GPO  
New York, NY 10001

**Trotskyist League of Canada**  
Box 6867, Station A  
Toronto, Ontario

**Trotzkistische Liga  
Deutschlands**  
Postfach 11 0647  
1 Berlin 11



Parade russischer Panzer am kubanischen Nationalfeiertag 1973.

## Kuba ...

programmatischen Basis vereinbar waren, so bildeten sie doch eine Quelle der Spannung innerhalb der Tendenz.

Dann, im November 1962, spaltete sich Wohlforth, angestiftet von A. Phillips und Gerry Healy, von der Tendenz ab, im wesentlichen wegen der Frage, ob man einen Block mit der SWP-Mehrheit anstreben sollte, um deren drohende Wiedervereinigung mit den europäischen Pabloisten zu verhindern — eine Politik, die Wohlforth und Healy unter dem Deckmantel einer Debatte über den Charakter der SWP in die Tendenz einzuschmuggeln trachteten (siehe *Marxist Bulletin* Nr. 2). Unser politischer Kampf um die Fragen, die für die SWP-Konferenz 1963 aufgeworfen worden waren, und unser erfolgloser Kampf gegen den Ausschluß aus der SWP (den die von Wohlforth fabrizierten und an die Mehrheit weitergegebenen „Enthüllungen“ über uns auslösten) beschäftigten unsere Tendenz ein Jahr lang.

1964 führte eine ausführliche mündliche Diskussion im New Yorker Teil der Tendenz dazu, daß Mage seine Position mehr oder weniger aufgab, und wir kamen durch Konsensus zu folgender zentraler Position: Kuba wurde mit den weitgehenden Nationalisierungen im Sommer und Herbst 1960, die die Bourgeoisie als Klasse liquidierten, zum deformierten Arbeiterstaat.

Da unsere Argumentation hauptsächlich gegen die SWP-Mehrheit gerichtet war, die meinte, Kuba habe sich von einer „Arbeiter- und Bauernregierung“ zu einem „gesunden“ Arbeiterstaat entwickelt, „der allerdings noch nicht über die Formen der Arbeiterdemokratie“ verfüge, aber unter der Führung des „unbewußten Marxisten Fidel Castro“ stehe (die Position von Joe Hansen), drehte sich der Großteil unserer Beweisführung um den qualitativ deformierten, d. h. stalinistischen Charakter des kubanischen Arbeiterstaates: daß Castro unter dem Zwang stand, zu entdecken und zu erklären, er sei „Marxist-Leninist“,

genauso wie die Fidelistas mit der vorher existierenden stalinistischen Partei fusionieren und sie gleichzeitig von ihrer Loyalität zur russischen Bürokratie säubern mußten; die Existenz eines mächtigen — und von den Massen getrennten — staatlichen Repressionsapparates, wie sie die massive (an sich durchaus berechnete) Inhaftierung verdächtiger Sektoren der kubanischen Gesellschaft während der Schweinebucht-Invasion 1961 offenbarte; Fidel Castros offen zugegebene bonapartistische Rolle in den entscheidenden Momenten der Kubakrise 1962, die ja eine Frage von Leben und Tod für das gesamte kubanische Volk darstellte.

## Eine kleinbürgerliche Regierung

Wir sahen es als unbestreitbar an, daß die bewaffneten kubanischen Rebellen, die ursprünglich mit der Granma gelandet waren, in jeder Hinsicht eine *kleinbürgerliche Formation* darstellten. Ihr militärisch marginaler Kampf war der letzte Schlag für das Batista-Regime, das bei den Massen verhaßt und zunehmend von den oberen Schichten der kubanischen Gesellschaft isoliert war, um schließlich vom Yankee-Imperialismus fallen gelassen zu werden. Die Rebellenarmee, die am 1. Januar 1959 Havana besetzte, existierte fort als politisch heterogene kleinbürgerliche Formation mit massiver Unterstützung in der Bevölkerung.

Ihre ursprüngliche Koalitionsregierung mit echten bürgerlich-liberalen Politikern fand in einer Situation statt, wo der alte bürgerliche Staatsapparat in Scherben lag. Im Laufe des vorangegangenen Guerillakampfes — einer besonderen Form des Bürgerkriegs — waren die früheren direkten Verbindungen der Befehlshaber dieser Rebellenarmee mit oppositionellen bürgerlich-liberalen Elementen in die Brüche gegangen, und sie waren in episodischer Weise von ihren Vätern im Klassensinne (oft auch im biologischen Sinne) — der kubanischen Bourgeoisie — unabhängig geworden. Nachdem sie die Macht



übernommen hatten, wurden sie mit den plumpen, sich steigernden Versuchen des US-Imperialismus konfrontiert, sie durch nackten wirtschaftlichen Druck auf Kuba in die Knie zu zwingen, ohne entsprechende Versuche der arroganten Eisenhower-Regierung, die Bedingungen und Verbindungen zu schaffen, um die neuen Machthaber wieder mit dem alten sozialen Gefüge zu verknüpfen und so eine Anpassung an die brutalen Forderungen der Imperialisten zu erleichtern.

Nicht weniger entscheidend als die unter den Bedingungen des Bürgerkriegs geschaffene Entfremdung zwischen den kleinbürgerlichen Guerillakämpfern und der bürgerlichen Ordnung war das Fehlen eines klassenbewußten, kämpferischen Proletariats, das unweigerlich diese kleinbürgerlichen Kämpfer polarisiert, manche auf die Seite der Arbeiter gezogen und andere zurück in die Arme der bürgerlichen Ordnung gestoßen hätte. Daher der außergewöhnliche Spielraum, über den diese *kleinbürgerliche Regierung* angesichts des sich Schlag auf Schlag eskalierenden wirtschaftlichen Kampfes mit der amerikanischen Regierung in dieser Periode und der enormen patriotisch-populären Begeisterung der undifferenzierten kubanischen Massen verfügte.

### Deformierter Arbeiterstaat

Als jedoch mit der wirtschaftlichen Liquidierung der kubanischen Bourgeoisie (viel systematischer und vollständiger als die chinesischen Maoisten sie bis heute durchgeführt haben — sogar die Eisverkäufer wurden nationalisiert) ein Schlußpunkt erreicht worden war, war diese kleinbürgerliche Regierung selbst unter diesen denkbar günstigsten Bedingungen unfähig, einen dritten Weg zwischen Arbeiterklasse und Kapital zu finden, um eine Gesellschaft eigenständiger Art zu organisieren; kraft ihrer neu erreichten sozialen Stellung — ihres politischen Monopols an der Spitze einer nationalisierten Wirtschaft — war sie genötigt, sich jenem Ersatz-Marxismus in die Arme zu werfen, der die quasi-automatische ideologische Widerspiegelung einer stalinistischen Bürokratie darstellt, auch wenn sie noch so frisch aus dem Ei gekrochen ist.

Sicherlich stellte die Existenz des russischen degenerierten Arbeiterstaates ein beispielgebendes Modell und, was wichtiger ist, die materielle Unterstützung bereit, die das Ergebnis praktisch ermöglichte. Aber es waren keineswegs die Russen bzw. ihre einheimischen Nachbeter, die direkt den tatsächlichen Prozeß in Kuba selbst gestalteten. Das Bündnis mit den Russen war Ergebnis und nicht Vorbedingung der Bildung eines deformierten Arbeiterstaates in Kuba.

Zu keiner Zeit gab es in Kuba einen klassenlosen „Übergangsstaat“. Wir wiederholen: in der Zwischenperiode zwischen der Zerschlagung des alten kapitalistischen Batista-Staates, der Kompradoren des amerikanischen Imperialismus, und der Konsolidierung eines deformierten Arbeiterstaates gab es eine kleinbürgerliche — keine klassenneutrale — Regierung, und der Kern ihrer Macht war die kleinbürgerliche Rebellenarmee. Infolge der gewaltsamen Polarisierung des Guerillakampfes konnte dieses Regime eine zeitweilige Autonomie gegenüber der bürgerlichen Ordnung behaupten, wobei es eine Periode großer populärer (nicht spezifisch proletarischer) Massenbewegungen durchlief, ohne aber mit einer nationalisierten



Granma

**15. April 1961: Hunderttausende Arbeiter, Bauern und Studenten hören, wie Castro den „sozialistischen“ Charakter der kubanischen Revolution verkündet.**

Wirtschaft bereits fest verbunden zu sein. Überdies wurde seine von den grundlegenden Gesellschaftsklassen — Bourgeoisie und Proletariat — episodisch abgehobene Existenz dadurch ermöglicht, daß die Arbeiterklasse der kapitalistischen Herrschaft nicht den Kampf ansagte.

Daher war der Charakter dieses Regimes nicht so, um den endgültigen Ausgang unausweichlich vorherzubestimmen. Es bestand nämlich eine gewisse Spannung: das Potential, entweder einen kapitalistischen Staat zu regenerieren und zu konsolidieren oder — wenigstens für einen Teil dieses Regimes — sich an die Form des nationalisierten Eigentums zu binden und so in einem lebendigen Prozeß die Gültigkeit der früheren trotzkistischen Charakterisierung zu bestätigen, daß von einem höchst allgemeinen Gesichtspunkt aus betrachtet die russische stalinistische Bürokratie in einem ihrer zentralen widersprüchlichen Aspekte — nämlich als Transmissionsriemen für den Druck der bürgerlichen Weltordnung auf einen Arbeiterstaat — eine kleinbürgerliche Formation darstellt. Der entscheidende Teil der Castroisten konnte den Übergang zur Führung eines deformierten Arbeiterstaates vollziehen, weil er, da der egalitäre Charakter und die proletarische Demokratie eines direkt durch die arbeitende Bevölkerung erkämpften Staates fehlten, über seine eigenen radikal-kleinbürgerlichen sozialen Gelüste niemals hinausgehen oder sie grundlegend verändern, sondern sie lediglich transformieren und umorientieren mußte. Und, nebenbei gesagt, hierin liegen sowohl die entscheidende Bedeutung als auch die Notwendigkeit der politischen Revolution, von der kubanischen Erfahrung her betrachtet, d. h. von einem anderen Aspekt her als dem des langen, erfolglosen Rückzugsgefechts, das Trotzki in den zwanziger Jahren in Rußland durchkämpfte.

—aus Protokoll Nr. 7 des Politischen Büros, 8. Juli 1973:  
 „Antrag: Die politische Stoßrichtung des Zusatzes zum Vorwort von *Marxist Bulletin* Nr. 8 anzunehmen.“

Angenommen.

Erweiterungen und Korrekturen durchgeführt, 8. August 1973

# Rede über die Labor Party-Frage

von James Robertson

Einleitung der Redaktion: Nachfolgende Rede wurde 1972 in Boston im Rahmen einer Kadenschulung der Spartacist League/U.S. gehalten. Die Übersetzung erfolgte nach einer Tonbandaufnahme der Rede. Wir haben die redaktionellen Eingriffe auf ein Minimum beschränkt und uns bemüht, den ursprünglichen Charakter der Rede auch in der deutschen Fassung soweit wie möglich zu erhalten.

Die Rede stellt einen Beitrag in dem Klärungsprozeß unserer wachsenden, aber noch recht kleinen Propagandagruppe dar — einem Prozeß, der sich über mehrere Jahre erstreckte. Die damalige Entwicklungsphase der SL war dadurch gekennzeichnet, daß in einer ganzen Reihe von Fällen unsere theoretische Entwicklung der Wechselwirkung zwischen unserem bis dahin errungenen politischen Kapital und unserer konkreten Praxis zu verdanken war.

So resultierte unsere Einstellung zur Negerfrage in hohem Maße aus unserer Arbeit unter der schwarzen Bevölkerung der USA. In ähnlicher Weise ergab sich aus unserer Frauenarbeit eine Wiederbekräftigung der in den USA fast völlig ignorierten Position der Bolschewiki und der frühen Kommunistischen Internationale zur Frauenfrage; die Gründung der SL-Frauenkommission unter der Leitung unseres ZK und die Herausgabe der Zeitschrift Women and Revolution lassen sich auf diese gegenseitige Beeinflussung von Theorie und Praxis zurückführen. Was die Organisationsfrage betrifft, so waren es die praktischen Probleme, wie z.B. das Verhältnis der Partei zu ihren Gewerkschaftsfraktionen in den Betrieben, die dazu führten, daß wir zum ersten Mal eine zuverlässige englische Übersetzung der auf dem Dritten Weltkongreß der KI angenommenen „Richtlinien über die Organisation“ sowie der Rede des Berichterstatters und der darauffolgenden Diskussion herstellten. Ganz folgerichtig war es dann einer unserer Anhänger in den Gewerkschaften, der während unseres Sommerlagers 1975 über die im Verlaufe der sogenannten „Bolschewisierung“ der KPen eingeführten Änderungen in dieser Einstellung berichtete, durch die die Mitglieder praktisch von jeder aktiven Teilnahme am Entscheidungsprozeß der Partei ausgeschlossen wurden.

Ähnliches ließe sich in bezug auf andere charakteristische Positionen der internationalen Spartacist Tendenz sagen. Wir erwähnen hier als Beispiele unsere Verweigerung selbst der allerkritischsten Wahlunterstützung für Arbeiterparteien, die an einer Volksfront direkt oder indirekt teilnehmen, oder unsere Weiterentwicklung der Leninschen Position bezüglich des Selbstbestimmungsrechts der Nationen, wo es sich um geographisch miteinander vermischte Völker handelt (Griechen und Türken auf Zypern, Israelis und Araber in Palästina).

In diese Reihe gehört dann auch die Parole, „Raus mit den Bürokraten! Für eine Arbeiterpartei gestützt auf die

Gewerkschaften!“, die (wie aus dieser Rede hervorgeht) gleichfalls das Produkt einer lang andauernden Diskussion war, wodurch wir uns zu einer — wie wir meinen — echt marxistischen Klarheit durchgerungen haben.

Wie der Redner ausdrücklich bemerkt, kennzeichneten sich damals unsere Forderungen, besonders in der von unseren Anhängern in den Gewerkschaften veröffentlichten Zeitung Workers' Action, durch ein gewisses Schwanken in bezug auf die Frage der Labor Party, und zwar in der Hinsicht, daß das Pochen auf den einen oder anderen Bestandteil unsere später allgemein akzeptierten Parolen den Anschein manchmal des Opportunismus, manchmal des Sektierertums erwecken konnte. Von diesem Standpunkt aus betrachtet gehört die Rede Robertsons unter eine Reihe von damaligen Versuchen, diese formell divergierenden Pole (die ja in der Gewerkschaftspraxis der SL weitgehend überbrückt worden waren) theoretisch in einer dialektischen Einheit aufzuheben.

Zur Form und Gliederung dieser Rede wollen wir nur anmerken, daß der Redner einer strikten Zeitbeschränkung unterworfen und daher gezwungen war, allein das zu seinem Thema Allerwichtigste zu bringen: erläuterndes Material, Übergänge, Beispiele — die in einer früheren, leider nicht auf Band aufgenommenen Version dieser Präsentation vor SL-Mitgliedern in der Bay Area (San Francisco und Umgebung) zu finden waren — fehlen hier völlig. Auch soll man in Betracht ziehen, daß das Thema absichtlich eng gesetzt war und daß Gen. Robertson den Diskussionsrahmen nicht sprengen konnte: bei seinen Zuhörern konnte er ja auf Bekanntheit und Übereinstimmung mit der Taktik der SL gegenüber der Gewerkschaftsbürokratie (in der Rede nur ansatzweise im Rahmen der Labor Party-Frage angeschnitten) sowie mit der Rolle unserer kommunistischen Gewerkschaftsfraktionen (überhaupt hier nicht behandelt) rechnen.

Wenn wir diese Rede trotzdem in dieser komprimierten Form deutschsprachigen Lesern zugänglich machen, dann aus dem Wunsch heraus, Kenntnisse von einer wichtigen Etappe in der Entwicklung der SL zu vermitteln. Wir meinen, daß wir dabei subjektiven Revolutionäre zur Einsicht in die eigentümlichen Bedingungen des politischen Kampfes innerhalb der amerikanischen Arbeiterbewegung verhelfen und gleichzeitig an einem konkreten Beispiel aufzeigen können, wie die leninistische Strategie unter Bedingungen angewandt wird, die sich von denen der europäischen Arbeiterbewegung unterscheiden.

Dieser Bericht will eine Reihe von eng miteinander zusammenhängenden Grundwahrheiten und eine Bemerkung zu unserer Suche nach Abweichungen bringen, wovon wir anscheinend nur zwei verfestigte entdeckt haben. Er geht aus der die Konferenz vorbereitenden Diskussion hervor, die am Labor Day [1. Montag im September] an der Westküste stattfand, wo die Frage der

Labor Party die Diskussion völlig beherrschte. Bei dieser Frage zeigten sich dort große Unsicherheit, Verwirrung und recht beträchtliche Meinungsunterschiede, und wir mußten sie auskämpfen.

Zum gegenwärtigen Stand ist die Losung, für die ich eingetreten bin und für die ich auch hier eintreten will: „Raus mit den Bürokraten! Für eine Arbeiterpartei [Labor Party] gestützt auf die Gewerkschaften!“ Eine andere zur Debatte stehende Losung lautete: „Für eine Labor Party ohne Bürokraten!“ Dieser Losung haftet so etwas wie „Basistümelei“, wie Syndikalismus an. Da fehlt die widersprüchliche Spannung eines Kampfes — die Losung erweckt den Eindruck, alles sei Sache der Basis, der einfachen Mitglieder; ferner impliziert sie, daß sich möglicherweise eine den Gewerkschaften entgegengestellte Massenpartei der organisierten Arbeiterklasse entwickeln könnte: so etwas wie ein politisches Gegenstück zu den roten Gewerkschaften der Dritten Periode der KPen.

Wie ich höre, beanstandet an der Westküste ein Genosse den ersten Teil der Losung, „Raus mit den Bürokraten!“ und will als Parole einfach „Für eine Labor Party gestützt auf die Gewerkschaften!“ In New York will ein Genosse als Losung bloß „Raus mit den Bürokraten! Für eine kommunistische Partei!“

### Konfusion um die Labor Party

Es gibt also eine Menge Konfusion. Sie lagert sich um zwei verschiedene Achsen — gerade deswegen ist sie so groß oder vielmehr so verwickelt. Während der letzten Debatte in New York habe ich meine gesamte Redezeit den Beschlüssen des Dritten und Vierten [Welt]kongresses [der KI] gewidmet. Diesmal will ich nicht darauf eingehen und statt dessen einfach klarmachen, daß die Labor Party-Losung die jetzige amerikanische Form der Frage der Einheitsfront darstellt. Die Frage stellt sich in dieser Form, weil es in den USA an einem massiven politischen Ausdruck des Reformismus beziehungsweise des Stalinismus mangelt; vorhanden sind dagegen organisierte Industriegewerkschaften mit einer dem Kapitalismus zutiefst verpflichteten Bürokratie an der Spitze: es ist in bezug auf sie, daß die Frage der proletarischen Einheit und des Weges zu einem im Kampf errungenen Sieg des Kommunismus die Labor Party-Frage in den Brennpunkt rückt. Hier gibt es zwei Achsen...

Die Konfusion um die Labor Party hat zwei Achsen. Erstens müssen wir — und das ist sehr wichtig — begreifen, daß dies für uns heute eine propagandistische Forderung ist und keine feste Beziehung zu dem hat, was in der Zukunft passieren wird. Das heißt (der Workers League zum Trotz), die Idioten, die heute der Meinung sind, daß Meany, eben weil er Schwarze, Homosexuelle und Abtreibungsgesetze nicht leiden kann, deshalb dabei ist, eine Labor Party aufzubauen, um diese antikapitalistischen Forderungen durchzusetzen! — das ist ja lauter Unsinn. Man muß ein Gespür für die tatsächlichen Kräfteverhältnisse haben, ein Gespür, das die KP[USA] bereits 1924 verloren hat. Erstens ist die wirkliche Frage bei unserer Propaganda nicht die Arbeiterpartei, sondern die Arbeiterregierung. Wir schlitterten ziemlich unerwartet in die Forderung nach einer Arbeiterpartei hinein. Wenn man die ersten Nummern von *Workers' Action* [dem Vorläufer von *Workers Vanguard*] liest, sieht man, daß die letzte,

triumphale Position, worin das Programm von *Workers' Action* gipfelte, die Forderung nach einer Labor Party war. Nein, nein. Wir treten für eine Arbeiterregierung ein — in den Gewerkschaften, in den Betrieben und in unserer allgemeinen Schulung wie auch bei der Vermittlung des Begriffs der proletarischen Macht an die Studenten. Diktatur des Proletariats ist als Formulierung in gewisser Hinsicht — na ja, problematisch. Ein populäres „Verständnis“ der Diktatur des Proletariats ist, daß man die Arbeiter in Konzentrationslager hineinstecken wird, wie etwa in Rußland. Redet man von irgend einer Art von Sozialismus, so taucht das Bild eines glücklichen Schwedens auf, das seine hohen Alkoholismus- und Selbstmordraten aufrechterhalten konnte, indem es sich siegreich aus beiden Weltkriegen heraushielt. [Gelächter] Aber immer und überall, bei jeder aufgeworfenen Frage sollte klar sein, daß die arbeitenden Massen ihre eigene Regierung brauchen.

Aber — wie erreicht man eine solche Regierung? Voraussetzung dafür ist eine politische Partei der arbeitenden Massen, eine Klassenpartei. Und es ist als untergeordnetes Element beim Erringen einer Arbeiterregierung, die ihrerseits, wie man sagt, eine algebraische Formel für die konkrete Verwirklichung der Diktatur des Proletariats ist, daß man unbedingt eine Arbeiterpartei oder Labor Party braucht, deren konkreter arithmetischer Ausdruck eine

---

## Publikationen der internationalen Spartacist Tendenz

---

### Australasian Spartacist

monthly organ of the Spartacist League of Australia and New Zealand  
\$5 U.S./12 issues — Airmail  
GPO Box 3473, Sydney, NSW, 2001 Australia

---

### Le Bolchévik

organe de la Ligue Trotskyste de France  
2 00 f.  
Pascal Alessandri, B.P. 336, 75011 Paris, France

---

### Spartacist Canada

monthly organ of the Trotskyist League of Canada  
\$2 Can./11 issues (one year)  
Spartacist Canada Publishing Association  
Box 6867, Station A, Toronto, Ontario, Canada

---

### Kommunistische Korrespondenz

herausgegeben von der Trotskistischen Liga Deutschlands  
Jahresabonnement 7,50 DM  
Auslandsluftpostabonnement 10,- DM (Ein Jahr)  
TLD, Postfach 11 0647, 1 Berlin 11  
Postscheckkonto Berlin West:  
503 57 — 107 (Wolfgang Hohmann)

---

### Workers Vanguard

weekly organ of the Spartacist League/U.S.  
U.S. \$5/48 issues (one year); U.S. \$15/48 issues — Airmail  
Spartacist Publishing Co., Box 1377 GPO, N.Y., N.Y. 10001 U.S.A

---

## Labor Party-Frage...

revolutionäre Labor Party — eben eine bolschewistische Partei — ist.

Das ist eine propagandistische Darstellung.

### Labor Party und Kommunistische Partei

Na gut, was wird wirklich in diesem Land passieren? Wer weiß es — wohl nur Lynn Marcus<sup>2</sup> [Gelächter] Ich nenne euch einige Varianten.

Eine davon wäre Folgendes: In den USA haben wir eine unpolitische, höchst kämpferische Arbeiterklasse, mit einer Bürokratie, die gegenwärtig, ohne die Hilfe von tausend YSA-Mitgliedern<sup>3</sup>, unfähig wäre, bei jeder ernsthaften Verschärfung des Klassenkampfes die Arbeiterklasse zu kontrollieren. Die gewaltigen Klassenkämpfe in Europa haben auf sämtlichen Ebenen eine höchst raffinierte, fähige, politische Bürokratie als Niederschlag hinterlassen. Könnt ihr euch vorstellen, daß ein George Meany fähig wäre, mit einem amerikanischen Generalstreik so fertig zu werden wie 1968 in Frankreich die KP? Es ist unmöglich. Und hier ist es, wo [SWP-Chef] Jack Barnes und seine Bande ihre Chance wittern.

So ist es gegenwärtig durchaus möglich — siehe die grundlegenden Thesen in unserem „Transformation Memorandum“ —, jetzt, wo die amerikanische Hegemonie flöten gegangen ist, wo die Vereinigten Staaten zurückgefallen sind, jetzt nur noch eine sehr effektive, die mächtigste unter den kapitalistisch-imperialistischen Mächten darstellen und wo auf diesem Planeten die fundamentalen Voraussetzungen für eine scharfe soziale Krise sich schon bemerkbar machen, daß die amerikanische Arbeiterklasse in massive politische Aktionen hineingetrieben wird — ohne eine revolutionäre Partei, ohne Partei überhaupt — und die Bürokratie über den Haufen wirft. Im günstigsten Fall wird dies eine produktive Katastrophe sein, vergleichbar der Pariser Kommune und der Revolution von 1905. So etwas streben wir deshalb nicht an. Aber als kleinere Propagandagruppe werden wir das machen, was wir zu tun haben. Falls es zu so was kommt, falls wir als Revolutionäre nicht in der Lage sind, uns an die Spitze der aufständischen Massen zu stellen, werden wir trotzdem kämpfen, auch wenn wir Ähnliches durchmachen müssen wie 1918/19 der Spartakusbund. In der nächsten Runde wird es dann anders sein.

Das ist die eine Möglichkeit, falls die Bewegung an der Basis der Klasse sehr rasch wächst.

Man muß aber auch das andere Extrem als möglich ins Auge fassen: vorausgesetzt, die soziale Krise vertieft sich nur allmählich, graduell; die wachsende kommunistische Bewegung wäre dann wohl imstande, den Ereignissen immer um einen Schritt voraus zu sein, eine Möglichkeit, die sich 1934 in den USA geradezu klassisch anzudeuten begann, als drei sich auf den Kommunismus berufende Organisationen in drei Städten — Toledo, San Francisco und Minneapolis — Generalstreiks anführten. Das wäre die zweite Möglichkeit, nämlich daß die kommunistische Partei einfach in linearer Weise wachsen könnte.

Die dritte Möglichkeit wäre die Realisierung einer Arbeiterpartei entweder revolutionären oder reformistischen Charakters. Unter dem wachsend akkumulierten Druck der sozialen Kämpfe könnte die Bürokratie durch

den Druck von unten und die sich entwickelnden Klassenantagonismen an Zusammenhalt verlieren und dann auseinandergerissen werden. Bei einer gleichzeitigen, erfolgreichen kommunistischen Agitation könnte dann eine Labor Party entstehen, was ein äußerst explosives Ereignis wäre. Hinter einem Großteil von dem Mist, den die Workers League an begrifflicher Verwirrung produziert, steckt die Vorstellung, daß eine Labor Party aus dem Ärmel zu schütteln sei. (Übrigens gibt es ein Buch von Henry Pelling, *Origins of the Labour Party*, das zur Anleitung nützlich ist.) Bei welchem Proletariat man auch immer das Erlangen von politischem Klassenbewußtsein studiert, sieht man, daß dies ein konvulsivisches, epochemachendes Ereignis ist — manchmal zeitlich in die Länge gezogen, manchmal zusammengeballt, jedoch immer kolossal, selbst wenn das Resultat, sobald der Staub sich zu setzen beginnt, die erneute Stabilisierung einer prokapitalistischen Bürokratie ist. Das Losreißen der Massen der Arbeiterschaft vom Kapitalismus — die Erkenntnis: wir brauchen eine Gesellschaft, in der die Arbeiter regieren, das produktive Eigentum nationalisiert ist — hat eine ungeheure Wirkung; und erst oben drauf nisten sich die reformistischen und stalinistischen Parasiten der Arbeiterbewegung ein. Das wird eine konvulsivische Periode der amerikanischen Geschichte sein, bedeutend grandioser als die Periode der Betriebsbesetzungen [„sit-down strikes“] 1935-37.

Aber was schließlich geschehen wird, hängt in keinerlei Weise von unserem heutigen Propagieren der Losung ab, was ja nur eine Art ist, die Frage aufzuwerfen, wie die Arbeiterschaft der Staat wird und wie man das politische Instrument schmiedet, um dies zu erreichen, um diese objektive, grundlegende Notwendigkeit mit dem gegenwärtigen trade-unionistischen Bewußtsein der großen Mehrheit der amerikanischen Arbeiter zu verknüpfen. Die Versuche, dies mit der Frage „Was wäre, wenn?“ in so enge Verbindung zu bringen, als gäbe es da Beziehungen, eine lineare Verbindung zwischen unserer heutigen Propaganda und dem, was geschehen wird, wenn die Massen in Bewegung kommen — solche Versuche sind die Quelle großer Konfusion und vieler Fehler.

Die Frage des schließlichen Charakters der Labor Party ließ ich im dritten Fall offen. Ein Mitglied unserer Ortsgruppe in der Bay Area [San Francisco-Oakland] sagte, „Hm... aber wie kann es denn eine revolutionäre Labor Party geben? Offensichtlich ist sie per definitionem reformistisch.“ Und sofort dachte ich an die Verwandlung der italienischen und französischen sozialistischen Massenparteien in kommunistische Parteien und, noch ergötzlicher, wegen der Ähnlichkeit in Namen und Ursprung: die Russische Sozialdemokratische Arbeiterpartei (Mehrheit) wird allgemein für eine revolutionäre Arbeiterpartei gehalten. Der Ausgang hängt aber von dem Kräfteverhältnis ab zwischen einerseits den Revolutionären und andererseits den Reformisten, die sich an eine solche in Aufruhr befindlichen Bewegung politisch anhängen, etwa so, wie es John L. Lewis und ein Teil der AFL-Bürokratie 1935 mit der Organisierung von Industriegewerkschaften im Rahmen der CIO taten. Das ist also die eine Art von Konfusion.

Die andere Achse von Konfusion ist die Frage: warum eine Labor Party propagieren und was ist die Beziehung zwischen Propagierung einer Labor Party und ihrem

politischen Charakter? Wird sie die allgemeinen historischen Interessen des Proletariats zum Ausdruck bringen, d. h. eine revolutionäre Arbeiterpartei sein, oder wird sie besondere, bornierte, enge, begrenzte, aristokratische, chauvinistische und nationalistische Gelüste innerhalb des Proletariats ausdrücken, d. h. eine reformistische Labor Party sein? Und folglich, wozu überhaupt für eine Labor Party eintreten, da sie einen so buntschillernden Charakter zu haben scheint?

Natürlich gibt es einen vollständig ausreichenden Umstand, unser jetziges propagandistisches und beschränkt agitatorisches Eintreten für eine Labor Party fallen zu lassen, nämlich, falls wir sehen würden, daß fortgeschrittene Teile des Proletariats — nicht einmal besonders große, aber immerhin bedeutende Schichten des Proletariats — im Begriff wären, eine kommunistische Partei anzuerkennen, und falls diese Partei die Fähigkeit hätte, mit einem Kraftakt sich in linearer Weise zur authentischen Avantgarde des Proletariats im wortwörtlichen Sinne hochzuarbeiten. An diesem Punkt würde wahrscheinlich ein Teil der Bürokratie bestrebt sein, in aller Eile eine Labor Party zusammenzuwerfen, in dem Versuch, eine solche Entwicklung abzuwenden. Der „progressive“ Flügel der Bürokratie würde dem eine „Labor Party“ entgegenstellen, deren eigentlicher Zweck es zwangsläufig von Geburt an wäre, eine antikommunistische Labor Party zu sein. Wir würden so eine Sache mit allen Mitteln bekämpfen. Wir würden versuchen, sie zu Tode zu vereinheitsfronten, wir würden sie zu Tode denunzieren, wir würden sie entern und alles Wertvolle rausholen, wir würden alles in unseren Kräften tun, sie im Keim zu ersticken.

Aber von der jetzigen Situation ist das weit entfernt. Wir sind davon nicht nur eine, sondern mehrere qualitative Stufen in Größe und Einfluß entfernt. Es ist zum gegenwärtigen Zeitpunkt buchstäblich unmöglich, die Spartacist League als Lösung für die vom Proletariat empfundenen Massenprobleme zu propagieren. Jene tagtäglichen Massenprobleme existieren aber. Was aber auf Massenbasis existiert, das ist die Gewerkschaftsbewegung. Deshalb kann und soll man betonen, daß die Gewerkschaftsbewegung, die ökonomische Organisation eines Teils der Arbeiterklasse, dazu verpflichtet ist, nicht bloß die ökonomischen, sondern auch die politischen Antworten auf die Misere der arbeitenden Bevölkerung zu geben. Also ist es ein Appell an die einzige Institution, die es in den Vereinigten Staaten gibt — die organisierte Arbeiterbewegung.

### Die Frage der Arbeiterregierung

In diesem Zusammenhang will ich noch ein paar andere Fragen anschnitten. Um wieder auf die Losung der Arbeiterregierung zurückzukommen, die der eigentliche Zweck unserer Agitation für eine Labor Party ist: hier sollten wir uns darüber im klaren sein, was mit der „Arbeiterregierung“ gemeint ist. Es ist nichts anderes als die Diktatur des Proletariats. Da sind zu verschiedenen Zeitpunkten etliche Spekulationen beziehungsweise Projektionen aufgetaucht, daß die Arbeiterregierung entweder rein hypothetisch oder als eine unter Umständen kurzfristig mögliche historische Situation nicht einfach ein Synonym für die Diktatur des Proletariats sei. Interessan-

terweise haben sich sowohl Hal Draper<sup>4</sup> wie Joe Hansen<sup>5</sup> auf gewisse vage und abstrakte Formulierungen des Vierten Kongresses der Kommunistischen Internationale über die Umstände versteift, unter denen eine Arbeiterregierung zustandekommen würde, ebenso wie sie einen Satz aus dem Übergangsprogramm herausrissen, um zu „beweisen“, daß von der Regierung der britischen Labour Party (1945) [über das algerische Regime Ben Bellas] bis zum kubanischen Regime Fidel Castros es sich um lauter Arbeiterregierungen gehandelt habe.

Die von Trotzki im Übergangsprogramm aufgeworfenen Möglichkeiten haben ungefähr folgenden Charakter: denkbar ist es schon, daß unter dem revolutionären Druck der Massen reformistische Elemente viel weiter in Richtung auf eine Arbeiterregierung gehen, als sie jemals ursprünglich beabsichtigten. Das ist eine „Was-wäre-wenn-Frage“, eine Verallgemeinerung der folgenden Umstände, die in der russischen Revolution zwischen Februar und Oktober auftraten: an die provisorische Regierung, die eine Koalitionsregierung war aus Sozialrevolutionären, Menschewiki, den winzigen Trudowiki Kerenskis und den Kadetten (d. h. den Konstitutionellen Demokraten, die als Partei der liberalen Bourgeoisie fungierten) richteten die Bolschewiki die Losung „Nieder mit den zehn kapitalistischen Ministern! Bildet eine Regierung allein aus Arbeiterparteien!“, verbunden natürlich mit den von den Bolschewiki erhobenen politischen und ökonomischen Forderungen. So gestellt, in der Form eines „Was wäre gewesen, wenn...“, lautet die Frage: Was wäre gewesen, wenn unter

### BERICHTIGUNG

In *Spartacist - Deutsche Ausgabe*, Nr. 4 findet sich auf S. 30, rechte Spalte, die Formulierung „für die anderen fortschrittlichen kapitalistischen Länder“. Wie aus dem Zusammenhang klar hervorgeht, handelt es sich um einen Satzfehler für „fortgeschrittene kapitalistische Länder“.

## SUBSCRIBE

Name \_\_\_\_\_

Address \_\_\_\_\_

City/State/Zip \_\_\_\_\_

GSp 5

**\$2**

4 issues

[International Rate: \$3/4 issues]

Make checks payable/mail to:  
SPARTACIST PUBLISHING CO.  
Box 1377, GPO  
New York, N.Y. 10001

# Women and Revolution

## Labor Party-Frage...

dem Druck der Massen die Kadetten aus der Regierung herausgeschmissen worden wären? Das wäre dann eine recht unklare Periode gewesen, etwas recht Labiles, im Rahmen dessen, was ohnehin nur eine historische Episode darstellt, der Doppelherrschaft zwischen einer bürgerlichen Regierung und dem Vorhandensein von organisierten Sowjets im ganzen Lande. Dies hätte keine Arbeiterregierung neben und getrennt von der Diktatur des Proletariats dargestellt, sondern eine Episode unmittelbar auf dem Wege dorthin. Aber die Zentristen machen natürlich sehr viel Aufhebens von nicht lebensfähigen Episoden, die in der Entfaltung von Revolutionen möglich sind, um dadurch eine Art von „drittem Lager“ zwischen der Diktatur des Proletariats und der Regierung eines bürgerlichen Staates durch die Reformisten zu konstruieren.

### Eine Farmer-Labor Party?

Nun ist neulich noch eine andere Frage aufgeworfen worden: In seinem Artikel über die Labor Party [siehe *Workers Vanguard* Nr. 13] hat Genosse Seymour, wie ich glaube, eine nützliche Frage gestellt, gerade weil es sich ja um keinen klar umrissenen Fall handelt und weil hier in der Praxis einige Probleme aufgewiesen werden. Ich meine die Erfahrung der Kommunistischen Partei 1923/24 mit der Farmer-Labor Party und mit der Federated Farmer-Labor Party und die umfassendere Frage der Zulässigkeit überhaupt eines Blocks zwischen den Kommunisten und, wie Cannon es ausdrückte, dem progressiven Teil der Arbeiterbewegung. Tja... zum Lernen ist es offenbar niemals zu spät, denn nach jetzt 25 Jahren, als ich Seymours Artikel las, fiel mir plötzlich ein: Farmer-Labor Party — Moment mal, das ist eine *Zweiklassenpartei*, wir sind gegen eine *Zweiklassenpartei*, wie zum Teufel sind wir in eine *Zweiklassenpartei*-Situation hineingeraten? „Ein Schritt vorwärts...“ Außerdem muß das Ding reformistisch sein: überlegt mal, was für Interessen von sowohl Arbeitern wie Farmern ließen sich in ein gemeinsames Programm hineinzwängen? Die Farmer produzieren ihre Waren, verkaufen tun sie sie selber, sie haben ein Interesse an hohen Preisen, daß der Zwischenhändler ausgeschaltet wird, daß sie direkt zum Exportmarkt gelangen: dieser ganze Plunder ist das ökonomische Programm der Farmer. Manchmal freilich können die Farmer ganz schön unruhig werden und eine ganze Menge Schwierigkeiten machen. Aber die Interessen der Arbeiter, die sie möglicherweise mit den Farmern gemeinsam haben, könnten nur sehr bornierte, die beschränkten Interessen der amerikanischen Arbeiterklasse sein, sogar wenn man einfach aus heiterem Himmel sagen würde: „Na, dann wollen wir mal eine Farmer-Labor Party zusammenbrauen.“ Die Sache müßte unvermeidlich episodisch und reformistisch borniert sein, denn es gibt eine Menge Antagonismen zwischen klein- und manchmal nicht so kleinbürgerlichen Produzenten (was die Farmer ja sind) und dem Proletariat. Und das ist der eigentlich Schlüssel zum ganzen Übel des Blocks mit der Chicago Federation of Labor im Jahre 1924. Schon von vornherein war die Sache dazu prädestiniert, ein Kampf für eine *reformistische* Labor Party zu werden, wobei man zusätzlich den Brei mit den Farmern würzte.

Aber eben auf dieser Basis war es, daß ein Block zustande kam: die Kommunisten würden eine reformistische Partei simulieren, wobei sie ihre Hoffnungen auf internes Manövrieren setzten, dank Bruder Pepper<sup>6</sup>. Von diesem Standpunkt aus und wahrscheinlich aufgrund eben dieser Erfahrungen schrieb Shachtman 1935 seinen ausgezeichneten Artikel, wo er fragt, „Wer braucht denn eine zweitrangige, reformistische, verschleierte, scheinkommunistische Partei?“

Wir für unseren Teil sollten jedoch nichts gegen einen Block mit einem Teil der Arbeiterbewegung einschließlich der Arbeiterbürokratie haben, vorausgesetzt der Block geht in die von uns gewünschte Richtung.

Aber auf 1923 zurückblickend: auf welcher Basis, um Gottes willen, wird uns diese Chicago Federation of Labor das geben, was wir wollen? Nur auf der Basis, erstens miteinander für den Aufbau einer Labor Party zu kämpfen und zweitens gegeneinander zu kämpfen, wo es darum geht, den Charakter des Programms und der Kader dieser Partei zu bestimmen. Auf dieser Basis gehen wir einen Block ein. Falls Meany sagen würde: „Ich bin für eine Labor Party — ihr Kerle seid auch für eine Labor Party“, gut, wir werden darangehen und für eine Labor Party organisieren und werden wie die Teufel darum kämpfen, ihr Programm zu bestimmen.

Ja, einen solchen Block würden wir eingehen, wir würden kämpfen — wir würden einen solchen Block anstreben. Aber im Interesse unserer „Blockpartner“ liegt es nicht, einen solchen Block einzugehen. Das Problem mit jedem Block drückt der schöne alte Satz Bismarcks aus, daß jedes Bündnis aus zwei Teilen besteht — dem Pferd und dem Reiter. [Gelächter] So daß ich nicht weiß, wie wir unseren Block verwirklichen könnten, denn ich fürchte, unser vorgesehenes Pferd würde scheuen. Und die Kommunistische Partei verrichtete eindeutig die Drecksarbeit — beziehungsweise schlug vor, die Verrichtung der Drecksarbeit für die Gewerkschaftsbürokratie zu simulieren — nur wollte man noch dazu organisatorische Kontrolle durch die Kommunisten plus ein reformistisches Programm. Das hilft überhaupt nichts. Und das ist der eigentliche Grund, weshalb sie so einen Mist gebaut haben.

### Die Arbeiter- und „X“-Regierung

Wenn wir also auf die historische Erfahrung zurückschauen: wir sind *niemals* für eine Farmer-Labor Party wir bekämpfen sie. Eine Farmer-Labor Party: so was wird es jedoch in Amerika nicht geben. James Burnham machte 1938 eine interessante Bemerkung: Genossen, sagte er, im Übergangsprogramm steht, daß wir für eine Arbeiter- und Bauernregierung in den Vereinigten Staaten sein sollen. Aber er bemerkte schon damals, wie ich glaube, daß es in den Vereinigten Staaten mehr Zahnärzte als Farmer gab, und weshalb dann nicht eine Arbeiter- und Zahnärzteregierung? [Gelächter] Genossin Gordon zürnt mir, weil ich auf nationalen Vortragsreisen die Formel einer Arbeiter- und „X“-Regierung äußerst nützlich finde. Nicht wahr, wenn man an der Universität spricht, ist es eine Arbeiter- und Studentenregierung; fährt man hinaus zur Militärbasis, dann heißt es eine Arbeiter- und Soldatenregierung, nicht wahr, und so geht man Schritt für Schritt alle Schichten der Bevölkerung durch. Vor einigen Jahren in Berkeley wäre es wahrscheinlich eine Arbeiter- und Frauenregierung gewe-

sen. Die Krone, was auch mich umgehauen hat, ist der Aufruf der argentinischen Pabloisten vor ein paar Jahren für eine Arbeiter- und Volksregierung. [Gelächter]

OK, wir sind für eine Arbeiter- und „X“-Regierung, so weit, so gut. Das Problem mit dem buntscheckigen Amerika ist aber, daß „X“ für eine große Vielfalt steht. Aber dahinter steckt eine Grundwahrheit: die Diktatur des Proletariats wird im wesentlichen, aber nicht einfach oder ausschließlich, proletarisch sein. In der amerikanischen Gesellschaft gibt es eine breite Schicht von unterdrückten Sektoren — rassisch, ethnisch, sozial unterdrückt — sie reichen von alten Menschen zu Lateinamerikanern, Schwarzen, Studenten, Soldaten. So sieht die Wirklichkeit aus, wenn auch die Formulierung Arbeiter- und Volksregierung nicht ganz das Wahre ist. [Gelächter] Aber sie weist auf etwas besonders Wichtiges hin: wenn man für eine Labor Party jetzt, sofort, im gegenwärtigen Augenblick eintritt, so hat man ja alle Ursache, sich diese Labor Party à la George Meany zu denken, in der verkrustetsten, aristokratischsten, rassistischsten und chauvinistischsten Form. Dies ist äußerst wichtig und einer der Gründe für die Formulierung „Raus mit den Bürokraten! Für eine Arbeiterpartei!“

Zwischen den Formulierungen: „eine Arbeiterpartei,

gestützt auf die Gewerkschaften“ und „eine Labor Party, gestützt auf die Gewerkschaften“ besteht kein konzeptioneller Unterschied; nur die Terminologie weist auf eine etwas unterschiedliche Vorstellung hin.

5. November 1972

FUSSNOTEN:

<sup>1</sup>George Meany, Chef des amerikanischen Gewerkschaftsbundes AFL-CIO, hat 1972 aus Verärgerung über die „radikale“ Kandidatur McGoverns das jahrzehntelange Bündnis der Gewerkschaften mit den Demokraten zeitweilig aufgekündigt und dabei sogar Worte über eine Labor Party fallen lassen.

<sup>2</sup>Guru der sogenannten U.S. Labor Party/Labor Committees

<sup>3</sup>Young Socialist Alliance: Jugendgruppe der Socialist Workers Party. Die SWP hat neulich eine „Wende zur Arbeiterklasse“ gemacht, in der Hoffnung, sich bei der „linken“ Gewerkschaftsbürokratie als Ratgeber einschmeicheln zu können.

<sup>4</sup>Anhänger von Shachtman; später Mitbegründer der linkssozialdemokratischen International Socialists.

<sup>5</sup>Führender Theoretiker der SWP.

<sup>6</sup>Pseudonym für Josef Pogany, Kominternemissär bei der KPUSA

**BESTELT DIE INTERNATIONALEN  
ORGANE DER SPARTACIST  
TENDENZ!**

zu beziehen über:

**Spartacist Publishing Co.  
Box 1377, G.P.O.  
New York, N.Y. 10001, USA**

- CUADERNOS MARXISTAS  
(en español)  
Nr. 1, Nr. 2, Nr. 3 — 1,40 DM
- SPARTACIST  
(Deutsche Ausgabe)  
Nr. 4 — 1,-- DM
- SPARTACIST  
(édition français)  
Nr. 13 — 1,50 DM
- SPARTACIST  
(English-language edition)  
Nr. 21 and 22 — 1,-- DM
- SPARTACIST  
edizione italiana  
Nr. 1 — 1,-- DM



## Ernest Mandel...

(Fortgesetzt von S. 32)

sten (wie die algerische FLN) oder Stalinisten (wie die vietnamesische FNL) bestehe.

Im Grunde genommen sind *Der Spätkapitalismus* und die anderen Schriften Mandels zu diesem Thema eine objektivistische Rechtfertigung dieses pabloistischen Liquidatorentums. Die Vorstellung, daß die Periode nach dem Zweiten Weltkrieg bis in die Mitte der sechziger Jahre eine „lange Welle schnellen Wachstums in der internationalen kapitalistischen Wirtschaft“ darstelle, bedeutet, daß diese ganze Epoche fundamental anders und vom Stand-



Il Mondo

Nikolai  
Bucharin

punkt der Bourgeoisie aus wesentlich positiver gewesen sei als diejenige, in der die Vierte Internationale gegründet wurde. Dies ist eine Entschuldigung für das Verwerfen des Übergangsprogramms als größtenteils veraltet und der Prinzipien, auf denen Trotzki die Vierte Internationale aufbauen wollte, als nicht mehr gültig.

Auch Mandels Behauptung, daß die „lange Nachkriegswelle des schnellen Wachstums“ 1966 endete, ist keine objektive empirische Analyse. Das plötzliche Hervortreten einer neuen politischen Generation in den späten sechziger Jahren — was in den Maiereignissen in Frankreich 1968 dramatisch zum Ausdruck kam — schuf eine beachtliche Schicht von neu-linker, maoistischer und zum Syndikalismus neigender Jugend links von den traditionellen reformistischen Massenparteien. Um an die „breite Avantgarde“ jener Linken heranzukommen, die unter der Parole „Die einzige Lösung — die Revolution“ marschierten, mußte Mandel ihnen eine „neue lange Welle steigender sozialer und ökonomischer Krisen für den Weltkapitalismus“ auftischen.

Die politischen Implikationen von Mandels Theorie der „langen Wellen“ werden in den Hunderten Seiten des *Spätkapitalismus* kaum berührt. Dennoch enthält das

letzte Kapitel [nur in der englischen Ausgabe] folgende aufschlußreiche Stelle:

„Die wesentliche und folgerichtige Konsequenz des Endes der langen Welle des Nachkriegsaufschwungs und des verstärkten Kampfes um die Rate des Mehrwerts seit der zweiten Hälfte der sechziger Jahre ist eine weltweite Tendenz zu qualitativ verschärften Klassenkonflikten, die die endemische Krise der kapitalistischen Produktionsverhältnisse zum Explosionspunkt bringen werden.“

Dies impliziert klar und deutlich, daß vor den mittleren sechziger Jahren die „endemische Krise“ des Kapitalismus keinen „Explosionspunkt“ erreichen konnte. Welch ein Gegensatz zu Mandels früherer Behauptung, daß „der Neokapitalismus Wirtschaftskrisen kennt und kennen wird, aber keine neuen mit 1929 vergleichbaren Krisen“ (Rede im „Cercle K. Marx“, 12. Januar 1964, zitiert in „Défense du trotskysme“, *La Vérité*, September 1965)!

Bevor wir auf die Argumente des *Spätkapitalismus* im einzelnen eingehen, soll unbedingt erwähnt werden, daß die englische Ausgabe von 1975 nicht einfach eine Übersetzung des deutschen Originals von 1972 darstellt, sondern eine Revision. Mandel versichert, er hätte nur „nebensächliche Formulierungen korrigiert und klarer gestaltet sowie wichtige Statistiken auf den neuesten Stand gebracht“. Doch werden die meisten seiner Leser keine Möglichkeit haben, dies zu überprüfen. Wenn Marx oder Trotzki eine Neuauflage eines Werks herausbrachte, das sie nicht mehr ganz adäquat fanden, fügten sie eine neue Einleitung oder Fußnoten hinzu. Mandel hingegen folgt der berüchtigten stalinistischen und bürgerlich-akademischen Praxis der Änderung des ursprünglichen Textes.

### Kondratieffs lange Wellen

Der Kern von Mandels Buch bildet die Behauptung, daß die Periode 1940-45 bis 1966 die erste Phase des vierten langen Zyklus kapitalistischer Entwicklung darstelle, basierend auf einer „dritten technologischen Revolution“.

Wie Mandel bemerkt, erregte in der marxistischen Bewegung das Konzept solcher langen Zyklen zum ersten Mal in den frühen zwanziger Jahren durch die Arbeiten des eklektischen russischen Ökonomen N. D. Kondratieff, eines Mitläufers des sowjetischen Regimes, ein gewisses Aufsehen. Kondratieffs Schema beruhte allein auf beobachteten statistischen Regelmäßigkeiten. Seine Absicht war es ja nicht, vom marxistischen Standpunkt oder irgendeinem anderen theoretischen Rahmen aus eine kausale Erklärung zu liefern.

In den zwanziger Jahren rief Kondratieffs Schema der langen Wellen eine lebhafte Debatte unter Marxisten hervor. Die Kritik pochte im allgemeinen darauf, daß sein Schema mechanisch und ohne alle sichtbare theoretische Grundlage war. Der sowjetische Ökonom S. A. Perwuschin war ein typischer Kritiker Kondratieffs:

„Um die Existenz von größeren Zyklen zu beweisen, genügt es nicht, länger andauernde Schwankungen zu entdecken. Man muß beweisen, daß die Ursache des Aufschwungs notgedrungen jene Faktoren, die die Depression auslösen, hervorbringt.“

—Zitiert in George Garvy, „Kondratiev's Theory of Long Cycles“, *Review of Economic Statistics*, 1943

Trotzki beteiligte sich an der Debatte über die „Kondratieffschen Zyklen“, insbesondere in seinem kurzen Aufsatz „Die Kurve der kapitalistischen Entwicklung“ 1923



(übersetzt in dem Sammelband *Die langen Wellen der Konjunktur*). Trotzki meinte, Kondratieffs Arbeiten lieferten wertvolles Untersuchungsmaterial und Einblicke für eine tiefergehende Geschichte des Kapitalismus. Aber gegen die Theorie der „langen Zyklen“ machte er zwei fundamentale, eng miteinander verbundene Einwände. Erstens leugnete Trotzki, daß „lange Zyklen“ tatsächlich zyklisch und dem konjunkturellen Zyklus, den die sich immer erneuernde Wirkung der Akkumulationsrate auf die Profitrate schafft, analog seien. Daher, betonte er, können lange Wellen nicht durch rein wirtschaftliche Faktoren erklärt werden, sondern müssen von allen bedeutenden historischen Ereignissen mitbeeinflusst sein:

„Was die langen Abschnitte der kapitalistischen Entwicklungskurve betrifft (50 Jahre), die Prof. Kondratieff unvorsichtig als Zyklen zu bezeichnen vorschlägt, so sind ihr Charakter und ihre Dauer nicht von der internen Wechselwirkung der kapitalistischen Kräfte abhängig, sondern von jenen äußeren Bedingungen, durch deren Kanäle die kapitalistische Entwicklung fließt.“

Wenn man als gegeben annimmt, daß die Geschichte des Kapitalismus eine Reihe von recht langen Perioden mit schnellem Wachstum und höherer zyklischer Stabilität als die der angrenzenden Perioden aufweist, so ist die entscheidende Frage folgende: Entstehen lange Wellen aus einer gemeinsamen Ursache, einem inneren Gesetz der kapitalistischen Produktionsweise, oder sind sie eher eine nachträgliche statistische Verallgemeinerung, eine Widerspiegelung all derjenigen Faktoren, von denen die ungleichmäßige Entwicklung der kapitalistischen Produktion bestimmt wird?

Die Antwort auf diese Frage ist von großer politischer Tragweite. Wenn lange Wellen mehr oder weniger ein Gesetz der kapitalistischen Entwicklung darstellen, dann verfügen sie über langfristige konjunkturelle Vorhersehbarkeit. Eine revolutionäre Organisation müßte bei der Festlegung ihrer politischen Linie berücksichtigen, welche Phase der langen Welle sie eben durchläuft. Käme sie zu dem Schluß, sie stehe am Beginn einer langen Welle beschleunigten Wachstums, so hieße das, es würde keine grundlegende Verschlechterung der Bedingungen für die Massen und keine größere Wirtschaftskrise stattfinden. Eine solche Prognose würde eine größere Revidierung der programmatischen Stoßrichtung sowie der taktischen Perspektiven erfordern.

Wie steht Mandel zu dieser Schlüsselfrage? Seine Formulierungen sind so vorsichtig und zweideutig, daß es schwer ist, ihn festzunageln. An einer Stelle antwortet Mandel auf eine korrekte Kritik der „Theorie“ der langen Wellen durch einen polnischen stalinistischen Ökonomen, Oskar Lange:

„Obwohl wir den Begriff des ‚langen Zyklus‘ ebenfalls verwenden und eine mechanische Bestimmung der ‚Ebbe‘ durch die ‚Flut‘ und umgekehrt nicht annehmen, haben wir doch die innere Logik der langen Welle als durch langfristige Oszillationen der Profitrate bestimmt aufzuzeigen versucht.“

Obwohl er bestreitet, eine mechanische Zyklustheorie zu vertreten, behauptet Mandel dennoch, daß der Kapitalismus regelmäßig lange Wellen durchgemacht hat, die auf technologischen Revolutionen und ihrer voraussehbaren Wirkung auf die Profitrate beruhen. Hier ist der Kern seiner Theorie:

„Die Geschichte des Kapitalismus im internationalen Bereich erscheint so nicht nur als ein Nacheinander von zyklischen sieben- und zehnjährigen Bewegungen, sondern

auch als ein Nacheinander von längeren, etwa fünfzigjährigen Perioden, von denen wir bisher vier gekannt haben... Jede dieser langen Perioden zerfällt in zwei Phasen. Eine erste Phase der eigentlichen Revolutionierung der Technik... zeichnet sich durch eine erhöhte Profitrate, *beschleunigte Akkumulation*, beschleunigtes Wachstum... aus. Dieser ersten Phase folgt eine zweite, in der die eigentliche Revolutionierung der Produktionstechnik bereits stattgefunden hat... in der der bestimmende Grund der plötzlichen, sprunghaften Ausdehnung der Kapitalakkumulation der Abteilung I [Produktionsmittel] entfällt und die daher eine Phase allmählich rückläufiger Profitrate, sich *allmählich verlangsamer Akkumulation*, sich verlangsamenen Wirtschaftswachstums... ist“ [Hervorhebung im Original]

Mandels Theorie impliziert tatsächlich langfristige Vorhersehbarkeit: hat eine technologische Revolution einmal stattgefunden, so prägt dieses Ereignis die ökonomischen Verhältnisse der folgenden Jahrzehnte auf ganz bestimmte Weise. Nach der Logik von Mandels Schema hätte man aufgrund von genügenden empirischen Daten in den frühen fünfziger Jahren voraussagen können, daß es bis Mitte der sechziger Jahre keine größere Wirtschaftskrise, keine merkliche Verlangsamung der Wachstumsrate und keine Periode scharfen Klassenkampfes geben würde. Die rechten, liquidatorischen politischen Implikationen einer solchen objektivistischen Theorie sind offensichtlich.

Was sollen wir von Mandels These halten? Erstens liefert er *keinen* empirischen Beweis dafür, und für das 19. Jahrhundert steht kein empirisches Beweismaterial zur Verfügung. Frühestens seit etwa 1900 gibt es verlässliche Statistiken, woraus man Änderungen der Produktivität, der Profitrate, des Kapitals pro Arbeiter oder der Mehrwertrate ableiten kann. Also betreibt Mandel regelrecht Bauernfängerei, wenn er schreibt, daß es 1826-47 eine „stagnierende Profitrate“ gab oder daß 1848-73 die Mehrwertrate stieg. Es scheint, daß er die Profitrate einfach aus der beobachteten Wachstumsrate der Produktion *ableitet*. Diese „Methode“ ist nicht nur völlig unwissenschaftlich, sie setzt außerdem den Kausalzusammenhang, der bewiesen werden soll, einfach *voraus!*

Theoretisch gesehen besteht überhaupt kein Grund anzunehmen, daß technologische Neuerungen in konzentrierten Schüben etwa alle 50 Jahre auftreten müssen. Es

# WORKERS VANGUARD

Name \_\_\_\_\_

Address \_\_\_\_\_

City/State/Zip \_\_\_\_\_

GSp 5

Enclosed is \$5 for 48 issues

Enclosed is \$2 for 16 introductory issues

—includes SPARTACIST

order from/pay to: Spartacist Publishing Co., Box 1377  
G.P.O., New York, N.Y. 10001

International Rates: 48 issues—\$20 airmail/\$5 seairmail; 16 introductory issues—\$5 airmail.

## Ernest Mandel...

besteht nicht der geringste Grund zur Annahme, daß die Ausbreitung der neuen Technologie in internationalem Maßstab und ihre Wirkung auf die Profitrate periodisch, regelmäßig und voraussehbar sind. Kurzum, Mandels Theorie hat weder eine feste empirische Basis noch erscheint sie a priori plausibel.

### Die zwanziger Jahre wegzaubern?

Ist Mandels theoretische Konstruktion für das 19. Jahrhundert nicht überprüfbar, so ist seine Periodisierung seit dem Ersten Weltkrieg willkürlich und falsch. Wesentlich zur gesamten im *Spätkapitalismus* ausgeführten Konzeption ist die Existenz einer „sechsten langen Welle“ 1914-1939, die als „regressiv“, mit einer „scharf fallenden“ Profitrate, beschrieben wird.

Selbst Leute ohne jede tiefere Kenntnis der Wirtschaftsgeschichte wissen, daß die wirtschaftlichen Verhältnisse der zwanziger Jahre sich drastisch von denen der dreißiger Jahre unterschieden, von den wirtschaftlichen Auswirkungen des Ersten Weltkriegs ganz zu schweigen. Die zwanziger Jahre waren eine Periode ungewöhnlich schneller ökonomischer Expansion. Zwischen 1920 und 1929 stieg die industrielle Produktion in den USA um 65 Prozent, in Großbritannien um 13 Prozent, in Frankreich um 104 Prozent und in Deutschland um 100 Prozent; in Japan wurde in den zwanziger Jahren das reale National Einkommen fast verdreifacht (Quellen: Ingvar Svennilson, *Growth and Stagnation in the European Economy*; Colin Clark, *The Conditions of Economic Progress* [Ausgabe von 1957]). Der Umfang des Weltextports, der 1921 auf 65 Prozent der Vorkriegsmenge gefallen war, stieg bis Ende des Jahrzehnts um 86 Prozent.

Mandel schafft es, den wirtschaftlichen Boom der zwanziger Jahre einfach verschwinden zu lassen, indem er eine willkürliche, künstliche lange Welle „verlangsamten Wachstums“ konstruiert. Dies geschieht dadurch, daß eine Periode großer Expansion mit dem destruktiven Weltkrieg und der größten Depression in der Geschichte des Kapitalismus in ein und derselben Kategorie kombiniert werden.

Die Unfähigkeit, den Boom der zwanziger Jahre zu erkennen, geschweige denn, ihn zu analysieren, macht Mandels gesamte Analyse der Periode nach dem Zweiten Weltkrieg untauglich. Um eine „dritte technologische Revolution“ in den vierziger und frühen fünfziger Jahren wissenschaftlich nachzuweisen, müßte man zeigen, daß ein radikaler Anstieg der Produktivität stattfand, nicht im Vergleich zu den dreißiger Jahren der Depression — das ist selbstverständlich —, sondern zu den zwanziger Jahren.

Dies nachzuweisen versucht Mandel überhaupt nicht, da es ihm unmöglich ist. Von 1919 bis 1929 war das durchschnittliche Wachstum der Produktivität in der Industrieproduktion in den USA 2 Prozent, eine Zahl, die dem 2,3prozentigen Durchschnittsanstieg in der Periode 1948-57 fast gleichkommt (John W. Kendrick, *Productivity Trends in the United States*). In Europa waren die zwanziger Jahre ebenfalls eine Periode bedeutender technologischer Dynamik. Beispielsweise wurde in diesem Jahrzehnt die Elektrizitätsproduktion mehr als verdoppelt. Wenn man 1929 mit 1913 vergleicht, so stieg der



SLL Pamphlet

**Der belgische Generalstreik 1960/61. Mandel zog den Aufruf zum Marsch auf Brüssel zurück, als der „linke“ Bürokrat Renard die Unterstützung verweigerte.**

Roheisenertrag pro Hochofen in Großbritannien um 58 Prozent, in Frankreich um 65 Prozent und in Deutschland um 131 Prozent.

Die wirtschaftliche Expansion der zwanziger Jahre gab Anlaß zu einer ganzen Literatur, deren These es war, daß der Kapitalismus sich grundlegend zum besseren verändert hätte — eine Literatur, die der Keynes'schen Neuen Ökonomie und den „neokapitalistischen“ Theorien der fünfziger Jahre ähnelt. So konnte 1928 der prominente amerikanische Populist Lincoln Steffens behaupten:

„Das große Unternehmertum in Amerika schafft das, was die Sozialisten als ihr Ziel bezeichneten: Nahrung, Wohnung und Kleidung für alle. Ihr werdet es während der Hoover-Regierung sehen.“

— zitiert in William E. Leuchtenburg, *The Perils of Prosperity*

Die Vorstellung, daß der wirtschaftliche Aufschwung der zwanziger Jahre auf grundlegenden Strukturveränderungen beruhe, beschränkte sich nicht auf Liberale und Sozialdemokraten. Der bekannteste „revolutionäre marxistische Ökonom“ dieser Zeit, Nikolai Bucharin, versuchte den Boom der „Zweiten Periode“ als Auswirkung einer „technologischen Revolution“ zu erklären, die ihrerseits mit der Entwicklung von staatskapitalistischen Tendenzen in der Nationalökonomie der verschiedenen imperialistischen Mächte assoziiert wird. Wie wir sehen werden, ist die Ähnlichkeit zwischen Bucharins „Zweiter Periode“ und Mandels „siebenter langer Welle“ unbestreitbar. Vielleicht ist das der Grund, warum die über 500 Seiten des

*Spätkapitalismus* Bucharins Analyse der zwanziger Jahre nicht einmal erwähnen.

### Staatsausgaben und die Profitrate

In so einer langen Arbeit, die ja einen wesentlichen Beitrag zur marxistischen Ökonomie darstellen soll, kann man über die Oberflächlichkeit und den Dilettantismus des



SLL Pamphlet

**André Renard,  
Führer der  
wallonischen  
Gewerkschaften  
während des  
belgischen  
Generalstreiks.**

statistischen Materials nur staunen. Da Mandels zentrale Prämisse darin besteht, daß die erste technologische Revolution seit den neunziger Jahren des vorigen Jahrhunderts in den vierziger und frühen fünfziger Jahren stattfand, hätte man zumindest eine konsequente historische Datenreihe zur Berechnung von Produktivitätsveränderungen in den bedeutendsten kapitalistischen Ländern erwartet. Statt dessen enthält das 6. Kapitel über die „dritte technologische Revolution“ ein oberflächliches Sammelurium von illustrativen Daten, wie man es in einem populären Zeitschriftenartikel, nicht aber in einer wissenschaftlichen Arbeit erwarten sollte.

Genausowenig stellt Mandel eine konsequente historische Datenreihe über die Profitrate und ihre Komponenten auf. Er behauptet einfach, zwischen 1940-45 und 1966 sei die Mehrwertrate drastisch gestiegen und habe sich dann stabilisiert, während die Profitrate stieg und dann langsam fiel. Um diese Behauptung abzustützen, präsentiert er kleine Brocken von inkommensurablen statistischen Daten, von denen so gut wie keine in Arbeitswertausdrücken berechnet sind oder in sonstiger Weise marxistischen Kategorien entsprechen.

Bezeichnenderweise verwirft Mandel explizit den einzigen uns bekannten wissenschaftlichen marxistischen Versuch, langfristige Änderungen der Profitrate zu messen, nämlich eine unveröffentlichte Dissertation von Shane Mage (einem Mitbegründer der Spartacist Tendenz, der seitdem den Marxismus aufgegeben hat): *The „Law of the Falling Tendency of the Rate of Profit“: Its Place in the Marxian Theoretical Framework and Relevance to the U.S. Economy* [Das „Gesetz des tendenziellen Falls der Profitrate“: sein Platz im marxistischen theoretischen Rahmen und seine Relevanz für die US-Wirtschaft] (1963). Mage berechnet die Profitrate für jedes Jahr von 1900 bis 1960 in den USA, sowohl in bezug auf den laufenden Arbeitswert als auf den „reellen“ Gebrauchswert (Arbeitswert 1960). Im Gegensatz zu Mandels Behauptung ergibt sich bei Mage, daß von 1945 bis 1960 die Profitrate ständig

fiel und die Mehrwertrate stabil blieb, während die organische Zusammensetzung des Kapitals (Kapitalwert pro produktivem Arbeiter) bedeutend stieg.

Mandel weist Mages Ergebnisse mit der Behauptung zurück, die Staatsausgaben müßten als Teil des Mehrwerts behandelt werden. Diese Behandlung der Staatsausgaben ist für Mandels gesamte Argumentation in zweierlei Hinsicht wesentlich. Erstens kann Mandel seine empirische Behauptung, daß die Rate des Mehrwerts in der Nachkriegsperiode scharf anstieg, nur durch Hinzurechnen der Staatsausgaben zum Einkommen aus Privateigentum verteidigen. Zweitens liefert seine Behandlung der Staatsausgaben den Schlüssel zu seinem Glauben an die *frühere* Wirksamkeit der Keynes'schen Stabilisierungspolitik als Mittel zur Realisierung von Mehrwert; ohne die organische Zusammensetzung des Kapitals durch produktive Investition zu erhöhen.

Mandel setzt sich folgendermaßen mit Mage darüber auseinander, daß dieser Mehrwert auf das Einkommen des Eigentums *nach* Steuern beschränkt:

„In der Marx'schen Theorie werden alle Revenuen auf Arbeitslohn und Mehrwert zurückgeführt. Da Staatsrevenue kaum als variables Kapital angesehen werden können, ... können sie nur als Umverteilung des gesellschaftlichen Mehrwerts verstanden werden“ [oder dessen Steigerung durch Abzüge von den Löhnen: Zusatz in der englischen Ausgabe].

Der Begriff „gesellschaftlicher Mehrwert“, der nirgends bei Marx auftaucht, ist eine elementare Verwechslung von Gebrauchswert und Tauschwert. Das gesellschaftliche Mehrprodukt bezeichnet die reellen verfügbaren Mittel über diejenigen hinaus, die für die Reproduktion des bestehenden Produktionsniveaus notwendig sind. Das gesellschaftliche Mehrprodukt ist eine universelle Kategorie, die auf alle Gesellschaften außer den allerprimitivsten angewendet werden kann. Der Mehrwert hingegen ist der in Geld realisierte Tauschwert, über den die Besitzer von Produktionsmitteln in der kapitalistischen Gesellschaft verfügen. Gemessen an den Maßstäben einer rationell geplanten sozialistischen Wirtschaft ist das gesellschaftliche Mehrprodukt jener kapitalistischen Wirtschaft weit höher als der Mehrwert, der durch die laufenden Unkosten des kapitalistischen Systems eingeschränkt wird. Und genau diesen Charakter haben die Staatsausgaben.

Im Gegensatz zu Mandels Behauptung löst sich der Warenwert nicht gänzlich in Mehrwert und Lohn der produktiven Arbeiter auf. Ein Teil der Ware wird verausgabt, um das im Produktionsprozeß aufgebrauchte Kapital zu ersetzen. Dieses Ersetzen des Kapitals beschränkt sich nicht auf die Entwertung der physischen Produktions- und Distributionsmittel, sondern beinhaltet alle laufenden Kosten, die für die kapitalistische Reproduktion notwendig sind. Laut Mage sind sowohl Staatsausgaben als auch private Verwaltungs- und Handelskosten Teil des verausgabten und ersetzten konstanten Kapitals:

„Da diese kommerziellen und politischen Ausgaben, auch wenn sie keinen neuen Wert schaffen, die Konsumtion eines Teils des gesellschaftlichen Kapitals darstellen, muß, um die ständige Reproduktion zu sichern, der in dieser Weise verbrauchte Wert in den *Gesamtwert* der Masse produzierter Waren eingehen... Folglich ist die angemessene Behandlung von unproduktiven Ausgaben im allgemeinen — vorausgesetzt, sie sind unter der existierenden gesellschaftlichen Organisationsform „gesellschaftlich notwendig“ —, sie als

## Ernest Mandel...

Teil des vorgeschossenen und verausgabten konstanten Kapitals zu betrachten.“ [Hervorhebung im Original]

-Shane Mage, a. a. O.

Eine genaue Bestimmung des Mehrwerts ist wesentlich, weil er der Zähler der Profitrate, des zentralen Begriffs der marxistischen Ökonomie, ist. Die Profitrate wiederum ist der Hauptregulator neuer Investitionen, die kurzfristig das Produktionsniveau und langfristig die Änderungen der Produktivität bestimmen. Indem er Staatsausgaben in den Mehrwert einschließt, steht Mandel bezüglich des Investitionsantriebs vor zwei Alternativen. Er kann behaupten, daß das Investitionsniveau von dem Ausmaß der Besteuerung und der Staatsanleihen nicht betroffen wird, was offensichtlich absurd ist; oder er kann die relevante Profitrate neu definieren als Mehrwert minus Steuern.

Weit entfernt davon, in der kapitalistischen Wirtschaft eine gleiche Rolle zu spielen, sind Staatsausgaben und Profit in ihrem Wesen zutiefst entgegengesetzt. Eine der auffälligsten Reaktionen der Bourgeoisie auf die Wirtschaftskrise 1974/75 ist die Entschlossenheit, den Profit durch Beschneiden dessen, was als aufgeblasener, parasitärer staatlicher Sektor betrachtet wird, zu erhöhen. Mandels Bestimmung der Staatsausgaben als eines Teils des Mehrwerts kann das wütende Streben nach finanzieller Sparpolitik, das über die fortgeschrittene kapitalistische Welt gegenwärtig hinwegrollt, weder verstehen noch vorhersehen. Mages Theorie hingegen liefert eine vollständige Erklärung für die Versuche der Kapitalistenklasse, die Rentabilität durch Einschränkung der Kosten des Staates wiederherzustellen.

### Mandels „siebente lange Welle“ und Bucharins „Zweite Periode“

„Die zweite Periode kann man vom wirtschaftlichen Standpunkt, vom Standpunkt der Analyse der kapitalistischen Wirtschaft, eine Periode der *Wiederherstellung der Produktivkräfte des Kapitalismus* nennen. In dieser Periode hat sich der Kapitalismus, gestützt auf seine politischen Siege, auf die relative politische Stabilisierung bemüht, eine gewisse wirtschaftliche Stabilisierung zu erreichen und hat sie auch erreicht. Diese Periode wurde von der *dritten Periode, der Periode der kapitalistischen Rekonstruktion*, abgelöst, die im qualitativen und, quantitativen Hinausgehen über den Vorkriegsrahmen hinaus zum Ausdruck gelangt. Das Anwachsen der Produktivkräfte des Kapitalismus ist einerseits mit einem ziemlich großen technischen Fortschritt, andererseits mit einer Reorganisation der kapitalistischen Wirtschaftsbeziehungen verknüpft.“

Ist das ein Zitat von Mandel, in dem er die Entwicklung nach dem Zweiten Weltkrieg beschreibt? Nein, es stammt vielmehr aus Bucharins Bericht über die Weltsituation



Budapest 1956: Arbeiter vor dem geschleiften Stalindenkmal.

beim 6. Kongreß der Dritten Internationale 1928 (Protokoll des 6. Weltkongresses, S. 27-28). Was die technologische Revolution betrifft, so strotzt der Bericht von Beispielen: Elektrifizierung, synthetische Treibstoffe, Leichtmetalle, Industrialisierung der Landwirtschaft, automatische Fließbandproduktion usw. Und Mandel sollte Bucharin doch wirklich dafür die Ehre erweisen, daß er schon alles zusammengeklaut hat:

„Diese technischen Änderungen, die in einigen Ländern, und in erster Reihe in den Vereinigten Staaten und in Deutschland, einem technischen Umsturz nähern, sind in ganz bestimmter Weise mit der Vertrustung der Volkswirtschaft verbunden, mit der Bildung ungeheurer Bankenkonsortien und jetzt, nach dem Kriege, bereits auch mit dem Anwachsen staatskapitalistischer Tendenzen in verschiedenartigen Formen.“

a. a. O.

Obwohl wir uns auf die theoretische Parallele zwischen Bucharins Analyse der zwanziger Jahre und Mandels Einschätzung der fünfziger und frühen sechziger Jahre konzentrieren, müssen die unterschiedlichen sozialen Grundlagen beider revisionistischen Doktrinen hervorgehoben werden, die für das qualitativ andere Ausmaß ihrer jeweiligen geschichtlichen Wirksamkeit bestimmend sind. Die Verleugnung des Marxismus durch Stalin und Bucharin entsprang der Isolierung der sowjetischen Staatsbürokratie, die durch Anpassung an die in ihren Augen unerschütterliche kapitalistische Weltordnung ihre sowohl prekäre wie parasitäre Stellung zu wahren versuchte. Der Stalinismus, der über die Mittel einer Weltmacht verfügte, hatte eine starke Auswirkung auf die politischen Ereignisse der zwanziger Jahre; die Doktrin des „Sozialismus in einem Land“ diente als Rechtfertigung des kolossalen Verrats, wofür das Versagen der Komintern, Hitlers Vormarsch zur Macht zu verhindern, das definitive Beispiel lieferte.

Im Gegensatz dazu war der Angriff von Pablo und Mandel auf den Marxismus eine Widerspiegelung der Isolierung kleiner revolutionärer Propagandagruppen von den Massenorganisationen der Arbeiterklasse unter scheinbar unerschütterlichen reformistischen Führungen. Die historische Wirkung des Revisionismus von Pablo und Mandel bestand in erster Linie im Zerreißen der Kontinuität des revolutionären Marxismus durch Zerstörung der Vierten Internationale. Wenn Trotzlisten heute für die Wiedergeburt der Vierten Internationale und nicht für den Aufbau einer neuen „Fünften“ Internationale kämpfen, liegt der Grund dafür in der Unfähigkeit des Pabloismus, Verrat von weltgeschichtlichem Ausmaß im Namen der Vierten Internationale zu begehen. Dennoch ist Mandels Revisionismus wesentlich mitverantwortlich dafür, daß die neue Generation von radikalen Intellektuellen und Arbeitern, die in den sechziger Jahren hervortrat, im Maoismus, Castroismus und anderen „militanten“ Varianten des Stalinismus statt im Trotzismus die Verkörperung des Marxismus suchte.

Sowohl Bucharins „Zweite Periode“ als Mandels „siebente lange Welle“ finden ihren Ursprung im Abklingen einer revolutionären Nachkriegswelle und einer darauf folgenden Stärkung der reformistischen Bürokratien gegenüber der kommunistischen Avantgarde. Dies war begleitet von einem unerwarteten wirtschaftlichen Aufschwung, der als Verstärkung des Konservatismus der Massen verstanden wurde. Sowohl Bucharin als auch Mandel objektivierten diese besondere politische und ökonomische Konjunktur und konstruierten ein im wesentlichen sub-epochales Schema.

Ausgehend von der Vorstellung, die Vorherrschaft der reformistischen Bürokratien sei aufgrund einer langen Periode wirtschaftlichen Aufschwungs unerschütterlich, war es nur ein kleiner Schritt bis zu dem Schluß, daß Kommunisten nur im Bündnis mit einem Teil der Bürokratie gegen ihre rechteren Gegner vorankommen könnten. Für Stalin und Bucharin hatte der anglo-russische Gewerkschaftsrat 1925-27 denselben Zweck wie der „tiefe Entrismus“ für Pablo und Mandel: ein Druck- und Manövriermittel gegenüber der reformistischen Bürokratie, deren Vorherrschaft objektiv unangreifbar schien.

Die antirevolutionären Konsequenzen dieser Linie zeigten sich alsbald. Gerade als Stalin und Bucharin sich auf langfristige Zusammenarbeit mit Citrine und Cook, Führern des britischen Gewerkschaftsbundes [Trades Union Council], eingerichtet hatten und gerade als Mandel sein Bündnis ohne Gegenseitigkeit mit dem belgischen sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer André Renard geschmiedet hatte, fanden sich eben diese Kräfte an der Spitze von Generalstreiks. Außerdem fand der britische Generalstreik 1926 gerade am Gipfelpunkt von Bucharins „Zweiter Periode“ kapitalistischer Stabilität statt, und der belgische Generalstreik 1960/61 ereignete sich mitten in Mandels „langer Welle raschen wirtschaftlichen Wachstums“. Und doch waren beides wichtige Klassenschlachten, die revolutionäre Perspektiven in sich trugen. Teilweise um ihre neu gefundenen reformistischen Bündnispartner zu beschwichtigen, teilweise weil sie meinten, die Periode sei an sich nicht revolutionär, spielten Stalin und Bucharin 1926 und Mandel 1960/61 eine passive, nachtrabende und

defätistische Rolle in diesen historischen Klassenschlachten.

Im belgischen Fall wich Mandel zurück und ließ schließlich unter dem Druck von Renard die Losung eines Marschs auf Brüssel gänzlich fallen. Am 1. Januar 1961 trug die Zeitung Mandels, *La Gauche*, eine rote Schlagzeile, die proklamierte: „Organisiert den Marsch auf Brüssel“. In der darauffolgenden Woche (7. Januar) trat sie gegen die Konzentration von Kräften für einen einzigen Tag und Ort und stattdessen für das Einsickern von Zehntausenden Demonstranten in die Hauptstadt ein. Am 14. Januar schließlich hieß es:

„Man hat uns angegriffen, weil wir die Losung eines Marschs auf Brüssel aufgestellt haben... Da wir festgestellt haben, daß die Losung nicht von den Führern aufgegriffen wurde, geben wir nach; aber wir betonen, daß zu dem Zeitpunkt, als unser Aufruf letzte Woche erschien, diesbezüglich noch keine Hinweise bekannt waren.“

Mandels „lange Nachkriegswelle des raschen Wachstums“ impliziert eine defätistische Haltung, nicht nur gegenüber dem belgischen Generalstreik 1960, sondern auch gegenüber dem französischen Generalstreik vom August 1953 (wo der französische Adjutant Pablos, Pierre Frank, eine Erklärung herausgab, um die Tatsache zu rechtfertigen, daß die CGT-Gewerkschaft unter Führung der KP es ablehnte, den Sturz der Laniel-Regierung zu fordern) und gegenüber dem ostdeutschen Arbeiteraufstand im selben Jahr (wo Pablos Internationales Sekretariat eine Erklärung für „wahre Demokratisierung der Kommunistischen Parteien“ — d. h. für bürokratische Selbstreform — herausgab und auf die Forderung nach unbedingtem Abzug der sowjetischen Besatzungsmächte, die den Aufstand niederwarfen, verzichtete).

Gleichermaßen bietet die Analyse der „langen Wellen“ keine Perspektive für die ungarische Revolution 1956 (wo Pablo schrieb, daß das Fehlen einer politischen Führung „genau diejenigen Defekte und Gefahren... provoziert“ habe, denen Polen „dank der Führungsrolle der ... Gomulka-Tendenz... einer zentristischen Tendenz, die sich dennoch nach links entwickelt“, entgangen sei) oder für den Widerstand gegen De Gaulles Putsch 1958. Ein Sieg in einem einzigen dieser wesentlichen Klassenkämpfe hätte den Kurs der europäischen Geschichte nach dem Krieg radikal verändert, wobei der sterile Scholastizismus aller Überlegungen über eine „lange Welle der beschleunigten Akkumulation“ zutage getreten wäre.

### Taktische Ursprünge der „neuen langen Welle“

Die Taktik des „tiefen Entrismus“ baute ursprünglich nicht auf der Voraussicht einer langen Periode wirtschaftlicher Prosperität auf. Im Gegenteil: sie wurde durch unmittelbaren Katastrophismus motiviert. In den frühen fünfziger Jahren stellte Pablo die These der „Kriegsrevolution“ auf, nach der der Dritte Weltkrieg zwischen den USA und der UdSSR unmittelbar vor dem Ausbruch stünde, wobei die reformistischen Massenarbeiterparteien in Westeuropa in das Sowjetlager gedrängt werden würden. Folglich wurde dieser „Entrismus sui generis“ auf der Hypothese aufgebaut, daß revolutionäre Situationen sich entwickeln würden, bevor die trotzkistische Avantgarde bedeutsame Kräfte herausbilden könne.

In den späten fünfziger Jahren war die These der „Kriegsrevolution“ bereits zu einer peinlichen Erinnerung



·Ostberlin am  
17. Juni 1953.

Photoworld

## Ernest Mandel...

geworden, und die taktische Rechtfertigung des Entrismus wurde diametral geändert. Eine lange Periode wirtschaftlicher und politischer Stabilität wurde nun für die fortgeschrittenen kapitalistischen Länder vorausgesehen; dies war in der Vorstellung implizit enthalten, daß das „Sturmzentrum der Weltrevolution“ sich in die koloniale Welt verlagert habe. Die Unfähigkeit der Entristen um Pablo und Mandel, ihre linken Lieblingsreformisten (Renard in der belgischen SP, Pietro Ingrao in der italienischen KP) an die Spitze zentristischer Spaltungen zu drängen — der Gipfel des denkbaren Erfolgs —, wurde objektiven Bedingungen zugeschrieben. Ein Dokument von Mandels Vereinigtem Sekretariat aus dem Jahre 1969 liefert folgende Neueinschätzung der Taktik des Entrismus:

„Der ökonomische Zyklus, der stattgefunden hat, war insgesamt für die massive Entwicklung linker Strömungen in den alten Parteien ungünstig. Dennoch bildeten sich in manchen Ländern solche Strömungen heraus, aber aufgrund der damaligen Umstände einerseits und der Schwäche der revolutionären Marxisten andererseits waren große Spaltungen selten. Schließlich gewann das Gewicht der objektiven Situation die Oberhand und führte zu einer sehr deutlichen Verschiebung nach rechts in den traditionellen Parteien.“

„Draft Resolution on Our Tactics in Europe“  
[Resolutionsentwurf über unsere Taktik in Europa]

Mitte der sechziger Jahre war der Entrismus selbst in Hinblick auf unmittelbare organisatorische Chancen zu einem Fehlschlag geworden. Eine neue Generation radikaler studentischer Jugend — die Neue Linke — entstand außerhalb der sozialdemokratischen und stalini-

stischen Parteien und stand ihnen feindselig gegenüber. Mit dem raschen Wachstum der Organisationen im neu-linken maoistischen/syndikalistischen Kontinuum entstand für Mandels Vereinigtes Sekretariat bei Weiterführung der Taktik des „tiefen Entrismus“ die Gefährdung, von links überholt zu werden.

Folglich vollzogen die europäischen VS-Sektionen in den späten sechziger Jahren eine scharfe taktische Wende und gaben den Entrismus zugunsten einer Orientierung auf diese „neue Massenavantgarde“ auf. Diese Verschiebung bildete den Schwerpunkt des Dokuments von 1969, „Resolutionsentwurf über unsere Taktik in Europa“, sowie des zentralen Dokuments vom „zehnten Weltkongreß“ des VS 1973, „Der Aufbau revolutionärer Parteien im kapitalistischen Europa“. Die Schlüsselstelle des letzteren Dokuments besagt:

„Die zentrale Aufgabe für revolutionäre Marxisten in der Etappe, die sich 1967/68 eröffnete, ist es, Hegemonie innerhalb der neuen Massenavantgarde zu gewinnen...“

*Der Spätkapitalismus* wurde in derselben Zeit wie diese Dokumente geschrieben und kann als Versuch angesehen werden, eine hochgestochene marxistische, welthistorische Analyse als Krönung der neuen Wende zu liefern. Der „Resolutionsentwurf“ von 1969 war naiv genug, den Beginn der neuen Periode mit Mai 1968, einem politischen Ereignis, anzusetzen:

„Mit Mai 1968 hat sich eine neue Periode eröffnet, die unter anderem durch eine Weltkrise der kapitalistischen Systems und ein politisches Erwachen der europäischen Arbeiterbewegung gekennzeichnet ist.“

Entgegen den Behauptungen des VS fanden sowohl die französischen Maiereignisse als auch Italiens „roter

Sommer“ 1969 unter wirtschaftlich konjunkturellen Verhältnissen statt, die denen der frühen sechziger Jahre gleichen.

Nach Mandels objektivistischem Schema konnte jedoch während der „langen Nachkriegswelle raschen Wachstums“ keine revolutionäre Situation entstehen. Also mußte er vor Mai 1968, aber nicht allzu lange vorher, ein passendes konjunkturelles Ereignis entdecken. Da fand er die westdeutsche Rezession von 1966/67! Mandel ist bestimmt der einzige Ökonom auf der Welt, der heute meint, 1966 wäre der entscheidende Wendepunkt der kapitalistischen Nachkriegswirtschaft gewesen. Die Unfähigkeit der restlichen Welt, die epochale Wandlung in diesem Jahr zu erkennen, ist leicht verständlich. In den vier Jahren vor 1966 stieg das Nationaleinkommen in den fortgeschrittenen kapitalistischen Ländern um 24 Prozent; in den vier Jahren nach 1966 stieg es um 19 Prozent, kaum eine welterschütternde Verlangsamung (*National Accounts of the OECD Countries, 1962-1973*).

Interessanterweise machte Mandel in der deutschen Ausgabe von 1972 keinen Versuch, empirisch zu beweisen, daß der westdeutsche Rezession 1966/67 das Ende der „siebenten langen Welle“ bezeichnete, da er es nicht überzeugend tun konnte. In der englischen Ausgabe von 1975 jedoch liefert er triumphierend einen solchen Nachweis, indem er die internationale Depression 1974/75

hinzurechnet, was natürlich die jährlichen Wachstumsdurchschnittsraten seit 1966 beträchtlich reduziert. Hätte Mandel die amerikanische Rezession 1969-70 als Wendepunkt gewählt, so hätte er eine noch schärfere Verlangsamung aufzeigen können. Dies beweist den empirisch willkürlichen, aber politisch beabsichtigten Charakter von Mandels Schema der langen Wellen.

Wenn wir auch Mandels Objektivismus ablehnen, so haben wir deshalb keine auf Zufälle gründende Vorstellung der gegenwärtigen politischen Entwicklung, d. h. daß eine revolutionäre Situation jederzeit und überall ausbrechen könnte. Nur ein politischer Kretin würde behaupten, daß in nächster Zeit die Aussicht für den revolutionären Kampf in Westdeutschland und Spanien identisch ist. Wenn man die Entwicklung des Klassenkampfes voraussieht, muß die ökonomische Konjunktur natürlich berücksichtigt werden. Aber 25 Jahre des Weltkapitalismus mit mehreren weltweiten Rezessionen und einer Reihe von günstigen revolutionären Möglichkeiten als eine „lange Welle des raschen Wachstums“ zu bezeichnen ist nicht nur vollkommen unzutreffend, sondern impliziert außerdem notwendigerweise eine defätistische Haltung. *Der Spätkapitalismus* ist kein ernsthaftes Werk der marxistischen Ökonomie, sondern eine zynische Apologie des pabloistischen Liquidorentums. ■

## Bestellt die älteren Ausgaben des deutschen Spartacist!

### **Spartacist, deutsche Ausgabe, Nr. 1, Frühling 1974**

Vorwärts zur Wiedergeburt der Vierten Internationale  
Erklärung von Spartacist an die 3. Konferenz des IK  
Der Kampf innerhalb des VS: Reformistische Gelüste gegen  
Guerrilla-orientierten Zentrismus  
Brief an die französische OCI und das Internationale Organisationskomitee

Grüße des Genossen Robertson an Spartacus-BI.  
14. März 1972: Brief an die IKD und Spartacus-BI.

### **Spartacist, deutsche Ausgabe, Nr. 2, Herbst 1974**

Erklärung für die Organisierung einer internationalen  
trotskistischen Tendenz  
Bericht über die internationale Konferenz  
Grundsatzklärung der Spartacist League  
Das Ende des VS? Massensäuberung innerhalb der SWP  
VS-Skandal: PST auf frischer Tat ertappt  
Chile nach dem Putsch

### **Spartacist, deutsche Ausgabe, Nr. 3, März 1975**

Die SWP und die Vierte Internationale, 1946-54: Ursprünge  
des Pabloismus  
Gewerkschaftstaktik und Übergangsprogramm  
Wandlungen des Pabloismus: Kritische Geschichte der Ligue  
Communiste

### **Spartacist, deutsche Ausgabe, Nr. 4, August 1976**

Erklärung brüderlicher Beziehungen zwischen der  
internationalen Spartacist Tendenz und der Organización  
Trotskista Revolucionaria Chiles  
Sowjetische Dissidenten: zwischen Leninismus und  
Liberalismus  
Ungarischer Maoist wegen Angriffe auf  
Einkommensungleichheit verurteilt  
Kapitalistische Restaurateure, bürokratische Reformer und  
Revolutionäre: Roy Medwedew über die sowjetischen  
Dissidenten  
Das pseudotrotskistische Vereinigte Sekretariat: „Beste  
Organisatoren“ des Verrats an den Frauen  
Zur Verteidigung einer revolutionären Perspektive Eine  
Darlegung unserer grundsätzlichen Position

**PREIS: 1,- DM pro Nummer**

zu bestellen über:

**Spartacist Publishing Co., Box 1377, G.P.O., New York, N.Y. 10001, USA oder  
TLD, Postfach 11 0647, 1 Berlin 11; Postscheckkonto Berlin West: 503 57 - 107 (W. Hohmann)**

# Die vielen Gesichter und langen Wellen Ernest Mandels

von Joseph Seymour

—übersetzt aus *Workers Vanguard* Nr. 121, 6. August 1976

Beim Rückblick auf die Schriften Ernest Mandels fallen einem sofort die recht beträchtlichen Kursänderungen über so gut wie jedes Thema auf. So erging sich dieser eminente „marxistische Ökonom“ z. B. in den mittleren und späten sechziger Jahren in diversen Broschüren und Artikeln lang und breit über einen vermeintlichen „Neokapitalismus“ mit stark ansteigender Produktivität (dank einer „dritten industriellen Revolution“ im Computerzeitalter) und

## Rezension: *Der Spätkapitalismus* von Ernest Mandel

antizyklischer Planung durch den kapitalistischen Staat, was angeblich die Wiederkehr eines mit 1929 vergleichbaren Zusammenbruchs verhindern würde.

Der Widerspruch zur leninistischen Theorie des Imperialismus als Epoche des kapitalistischen *Niedergangs* war vollkommen und drückte sich in eklatanten Revisionen des marxistischen Programms auf zahlreichen Gebieten aus. Arbeiterkontrolle bedeutete nicht mehr, wie für die Bolschewiki, Doppelherrschaft auf Fabrikebene, sondern lediglich „antikapitalistische Strukturreformen“; der Kampf zwischen Arbeiterklasse und Kapital drehte sich nicht mehr um die Ausbeutung, sondern um „Probleme der Organisation der Produktion“.

In den siebziger Jahren verschwinden dann plötzlich Mandels Bezugnahmen auf den „Neokapitalismus“; dafür ist von „klassischeren Modellen“ der sozialistischen Revolution die Rede. In einer Hinsicht drückt sich darin ein zügelloser Empirismus aus. Bestimmt postuliert heute nicht einmal der eingefleischteste Reformist wachsende Produktivkräfte, erfolgreiches Krisenmanagement durch den Kapitalismus oder das Verschwinden der Kämpfe um den Mehrwert.

Doch im Gegensatz zu einem Paul Sweezy oder Paul Mattick ist Ernest Mandel nicht einfach ein pseudomarxistischer Akademiker, und seine Analysen müssen im Rahmen seiner Rolle als Führer der heute unter dem Namen „Vereinigtes Sekretariat der Vierten Internationale“ (VS) bekannten revisionistischen, extrotrzkistischen Strömung betrachtet werden. Das Aufgeben des „Neokapitalismus“ ergab sich aus dem Verschwinden der studentischen, auf die „Dritte Welt“ orientierten Neuen Linken (mit ihren Theorien einer „neuen Arbeiterklasse“), was den unverbesserlichen Nachtrabpolitiker Mandel zwang, sich in einer „breiten Avantgarde“ mit stalinoidem oder syndikalistischem Charakter nach frischen Weiden umzusehen.



WV Photo

### Ernest Mandel

Den Faden, der die verschiedenen „theoretischen“ Kehrtwendungen Mandels miteinander verbindet, findet man in der Ablehnung von Trotzki's grundlegender These im Übergangsprogramm, nach der die historische Krise der Menschheit sich auf die Krise der revolutionären Führung reduziert.

Als Reaktion auf die organisatorische Isolierung der Vierten Internationale und die Ausbreitung des Stalinismus nach dem Krieg entwickelte in den frühen fünfziger Jahren ein gewisser Michel Pablo (Raptis), Chef des Internationalen Sekretariats der Vierten Internationale, gemeinsam mit Ernest Mandel als intellektuellem Assistenten die liquidatorische Perspektive eines langfristigen „tiefen Entrismus“ in die stalinistischen und sozialdemokratischen Massenparteien, wobei versucht werden sollte, die Reformisten nach links zu drängen.

Später, in den frühen sechziger Jahren, vertraten die Pabloisten die Vorstellung, daß die Bauernschaft der kolonialen und halbkolonialen Länder das neue „Sturmzentrum der Weltrevolution“ darstelle und die Aufgabe der europäischen Revolutionäre von dem Zeitpunkt an im „solidarischen“ Applaus für kleinbürgerliche Nationali-

Fortgesetzt auf S. 24